

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringertlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonetzelle oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zelle 1.70 M., Reklame-Kolonetzelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Gegen die Zerstörung des Wirtschaftslebens! Gegen Chauvinismus u. Nationalbolshewismus!

Im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist die USPD entstanden. Sie hat dem erobernden Kapitalismus die selbständige Politik der revolutionären Arbeiterklasse, dem Massenmord die internationale Solidarität des Weltproletariats entgegengesetzt. Die USPD hat alle Eroberungsabsichten bekämpft und ist für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eingetreten, den auch die revolutionäre Ruchland verlangt hat. Nur ein solcher Friede wäre eine sichere Grundlage für die gemeinsame Kulturarbeit der Nationen und für den sozialistischen Wiederaufbau der Weltproduktion gemein. Für die Wiedergutmachung der Schäden, die der deutsche Militarismus andern Völkern zugefügt hat, ist die USPD jederzeit eingetreten. Darum darf die USPD, mehr als irgendeine andre Partei sich auch gegen die wirtschaftlichen Forderungen der Pariser Konferenz wenden.

Diese Forderungen des Ententekapitalismus gehen weit

Über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinaus und sind deshalb unerfüllbar. Sie würden das deutsche Proletariat in ein noch größeres, hoffnungsloses Massenelend stürzen. Sie würden nicht nur das deutsche, nicht nur das europäische, sondern das Proletariat aller Länder aufs schwerste treffen. Denn die Verelendung der deutschen Wirtschaft würde ihre Aufnahmefähigkeit für ausländische Produkte vermindern, dadurch immer neue Krisen und Arbeitslosigkeit überall hervorrufen. Der gezwungen übermäßig gesteigerte Export würde zugleich den ausländischen Industrien schwere Konkurrenz bereiten und dadurch die Herabdrückung der Löhne von Deutschland über die ganze Welt verplanten. Die Produktion in den einzelnen Ländern und damit die Produktion der ganzen Welt kann nur gesteigert und der Gütervorrat vermehrt werden, wenn die Arbeiter nicht der völligen Verelendung verfallen.

Die Forderungen des Ententekapitalismus sind nicht fremdlich oder englisch, sie sind kapitalistisch. In ihnen enthält sich der schmutzige und bluttriefende Imperialismus, der während des Krieges und nach dem Kriege aus kapitalistischer Profitgier Verheerung und Tod über die Erde brachte. Die Erkenntnis wird erneut bestätigt, daß Gewalt und Ausbeutung nur im Klassenkampf der Arbeiter aller Länder beseitigt werden können.

Die internationale Solidarität der Arbeiter verbietet, daß irgendeine Arbeiterklasse, in diesem Fall die deutsche Arbeiterklasse, durch die Kapitalisten irgendeines Landes in ihrer Lebenshaltung tiefer herabgedrückt werden als die Arbeiter anderer Länder. Der Gewaltfrieden von Versailles kann nur überwinden werden durch

internationale Aktionen der Klassenbewußten Arbeiter. Gemeinsame Gefahr fordert gemeinsamen Kampf!

Der Kampf der Arbeiter gegen den Kapitalismus kann nur als selbständiger proletarischer Klassenkampf geführt werden. Hier gibt es

keine Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und Klassen, weil es keinerlei Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Kapitalisten gibt. Das Geschick der deutschen nationalistischen Kreise nach einer Einheitsfront entspringt nur den reaktionären Absichten auf Wiederherstellung des Militarismus und der Monarchie. Die Forderungen des Ententekapitalismus werden von den nationalen Parteien zu einer chauvinistischen Kriegshetze gegen den „Feindbund“ ausgenutzt. Sie erklären sogar die Entwaffnungsfrage für wichtiger als die Zahlungsfrage und suchen auf die Regierung einzuwirken, keine Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage zu machen.

Diese Kriegshetze hat im kommunistischen Lager Unterstützung gefunden.

Berlin, den 9. Februar 1921.

Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kampf um die Herrschaft in der Türkei.

London, 9. Februar. (U.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Nationalversammlung in Angora beschlossen habe, den Sultan für abgesetzt zu erklären, falls die Konstantinopeler Regierung einen besonderen Delegierten nach London entsenden würde. Es wird weiter gemeldet, daß die Kemalisten damit beschäftigt sind, Angora zur Hauptstadt der Türkei auszubauen und zwar auf Grund von Plänen eines Ungarn, die von der Nationalversammlung genehmigt worden sind. Mustafa Kemal will aus Angora eine Weltstadt machen; 3000 Arbeiter werden mit der Ausführung des Planes beschäftigt werden.

Riga, 9. Februar. (D. E.) Zwischen den reulären türkischen Truppen an der Kaukasusfront und den irregulären türkischen Abteilungen unter Führung von Etchem-Bey ist es, wie die Moskauer Sowjetia berichtet, zu Streitigkeiten und Zusammenstoßen gekommen. Die Streitkräfte haben auf Angora übergriffen, wo die Anhänger Etchem-Bey gegen den Nationalrat und die Kemal-Regierung agitierten und für das Sowjetium eintraten. Die Rettung der Etchemisten, Neue Welt, ist infolge dessen von der Angora-Regierung geschlossen und die Schriftleitung verhaftet worden. Die Angora-Regierung behauptet, Etchem-Bey verfolge in Wirklichkeit reaktionäre Ziele.

Radek über die türkische Frage.

Riga, 9. Februar. (D. E.) In der Moskauer Prawda erscheint nach längerer Pause ein aus Baku datierter Artikel von Karl Radek über die türkische Frage. Radek bekämpft sich gegenwärtig im Auftrag der Sowjetregierung in besonderer Mission auf einer Reise, die ihn nach Turkestan, nach dem Kaukasus und wie verlautet

Schon im Reichstag stellte der Sprecher der Kommunisten den nationalistischen Massenführer Enver Pascha den deutschen Chauvinisten als Vorbild für einen Bund der „unterdrückten Völker“ mit den russischen Kommunisten und forderte den gemeinsamen Kampf. In München wurde diese kommunistische Parole weitergegeben. Dort riefen Kommunisten das nationalistiche Jungdeutschland auf, sich mit dem Proletariat und mit Russland zu vereinigen, den Friedenvertrag von Versailles zu zerreißen, die Waffen nicht abzuliefern, sondern mit den Kommunisten zu teilen und sich gegen den Ententekapitalismus zu erheben. Diese national-bolshewistischen Treibereien haben unter dem Klassenbewußten Proletariat einen Sturm der Enttäuschung ausgelöst. Dadurch sah sich die kommunistische Zentrale gezwungen, durch eine unklare und fragwürdige Erklärung gegen ihre Parteiführer in München die wahren Bestrebungen der kommunistischen Führer zu verdeutlichen.

Die Kommunisten in München haben die Ausführung der Parole ihres Parteivorstandes gar zu plump getrieben. Die national-bolshewistische Propaganda wird aber nur gefährlicher im Hinblick eines parteipolitischen Demagogentums. Das Verhalten der kommunistischen Führer in München entspricht genau dem Bündnis der russischen Kommunistenführer mit Enver Pascha und dessen Erhebung zum Vorbild für deutsche Nationalisten.

Den chauvinistischen wie den national-bolshewistischen Kreisläusen tritt die Unabhängige Sozialdemokratie mit feiner Entschlossenheit entgegen.

Die Frage der Entwaffnung darf zu keinerlei neuen Schwereisen oder Konflikten führen. Handelt es sich doch um die Entwaffnung der deutschen Kontingente, um die Entwaffnung aller offenen und verdeckten militärischen Kreisläusen, um die Frage der radikalen Vernichtung aller nationalistischen Pläne. Neue Kriege würden neue Sieger und Besiegte und neuen Gewaltfrieden schaffen.

Wir fordern von der deutschen Regierung, daß sie erste und gründliche Verhandlungen über die wirtschaftlichen Forderungen führt. Sie hat dabei die Pflicht der Wiedergutmachung anzuerkennen. Das deutsche Volk muß verlangen, daß es dauernd über alle Vorgänge informiert und ausreichend unterrichtet wird. In der Außenpolitik Deutschlands muß endlich alle Geheimdiplomatie aufhören. Die deutsche Außenpolitik muß in den Dienst der wirtschaftlichen Bedürfnisse der breiten arbeitenden Massen gestellt werden. Nur dann wird sie der Annäherung und Versöhnung dienen.

Die USPD fordert ihre Parteimitglieder auf, gegenüber den deutschen nationalistischen und national-bolshewistischen Treibern

die klare revolutionäre Arbeiterpolitik der Partei zu vertreten. In der äußeren wie in der inneren Politik gilt es, gegen die kapitalistischen Verelendungstendenzen und zur Verwirklichung des Sozialismus besonders auch auf die Notwendigkeit des Regimes der Sozialisierung hinzuwirken. Die Wahlkämpfe in Preußen, in Mecklenburg, in Hamburg und Bremen müssen mit aller Energie ausgenutzt werden, um die Grundzüge der USPD in weitere Volksteile zu tragen. Diese Wahlkämpfe, grundrichtig geführt, werden unserer Bewegung neue überzeugte Anhänger und Mitkämpfer bringen. Nur die klare Politik der USPD, die sich mehr und mehr national und international durchsetzt, kann das sozialistische Ziel verwirklichen: alle Völker von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien.

Die Sowjetregierung zur Besetzung Wilnas.

Stockholm, 9. Februar. Laut Sozialdemokraten hat die Sowjetregierung nach mehrmaligen Beratungen sich damit einverstanden erklärt, daß Militärkontingente neutraler Staaten für die Ordnung im Wilnaer Abtinnungsgebiet sorgen. Englische und französische Truppen würde die russische Regierung im Wilnaer Gebiet nicht dulden. Dagegen würde man in Moskau keinen Einspruch erheben gegen die Entsendung amerikanischer und italienischer Truppen.

Der Bundesrat der Schweiz hat den Beschluß gefaßt, dem für das Wilnaer Gebiet bestimmten Truppenkontingent den Durchgang durch die Schweiz nicht zu gestatten. Dieser Beschluß hat, wie aus Paris gemeldet wird, die Leiter des Völkerbundes überrascht. Man erwartet, daß bei dem am 21. d. M. erfolgenden Zusammentritt des Völkerbundes das Generalsekretariat Protest erheben wird.

Der Parteitag der Kommunisten in Wien.

Von Julius Brauntal (Wien).

Die völlige Teilnahmslosigkeit der gesamten Öffentlichkeit Österreichs an den Verhandlungen des diesjährigen Parteitages der Kommunisten, der in der vergangenen Woche in Wien tagte, läßt den Grad der Bedeutungslosigkeit erkennen, den diese Partei im politischen Dasein des Volkes einnimmt. Würden die Kommunisten hierzulande im Auslande nicht so grotesk überschätzt werden, so wäre ihnen wahrhaftig zu viel Ehre angetan, ihnen mehr als flüchtige Beachtung zu widmen. Was sie in Wirklichkeit bedeuten, ist schließig aus der Größe ihres Anhanges zu ersehen: bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung vereinigten die Sozialdemokraten nahezu eine Million, die kommunistische Partei in ganz Österreich kaum dreißigtausend Stimmen auf ihre Listen. Von den 230 547 Wählern für die Wiener Arbeiterräte stimmten 229 487 für die sozialdemokratische und nur 11 289 für die kommunistische Partei, wozu noch die 3424 Stimmen für die „Linken“ zu zählen sind. 92,9 Prozent der Arbeiterwähler sind Sozialdemokraten und 6,1 Prozent Kommunisten und Anhänger der „Linken“. In der Nationalversammlung sind die „Reinigten Kommunisten“ überhaupt untertreten, im Wiener Kreisarbeiterrat werden den 235 Sozialdemokraten im ganzen etwa 10 „Reinigte“ gegenübergestellt. Das unbestechliche Zahlenbild spiegelt die ganze Nichtigkeit und Hoffnungslosigkeit dieser „Partei“, die sich brüht, das gesamte revolutionäre Proletariat Österreichs zu vertreten. Die Wahrheit ist eben, daß die Kommunisten, trotz der sie seit drei Jahren mit dem Aufwand größerer Geldmittel, deren Quellen erst Sowjetrußland, später Sowjetungarn und nun neuerdings Sowjetrußland in unbegrenzten Mengen speist, „arbeiten“, Tag für Tag im Proletariat an Boden verlieren. 1918 und 1919 vermochten sie noch große Massen zumindestens in ihren Versammlungen zu fesseln; selbst noch 1920 spielten sie mit der „Linken“ im Arbeitererrat eine nicht zu unterschätzende Rolle; im Arbeitererrat 1921 stellen sie, nun mit der „Linken“ verschmolzen, eine lärgliche Minorität dar. Der Selbstbesinnungsprozess innerhalb der österreichischen Arbeiterklasse drängt die Kommunisten unaufhaltsam zurück; ihre Partei ist in Wahrheit innerlich verrotzt und hätte ohne die bedeutenden russischen Geldmittel wohl schon als „Partei“ längst liquidieren müssen. Die materielle Unterstützung Moskaus verleiht ihr einen äußeren Ansehen an Kraft, der indes nur Heidenbergs Schein ist. Selbst durch die Vereinigung mit der „Linken“, die sich auf diesem „Einigungsparteitag“ vollzogen hat, hat sie eher verloren als gewonnen.

Die „Linke“ ist aus einer Gruppe innerhalb der Sozialdemokratie hervorgegangen, die sich „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiter“ nannte. Sie repräsentierte den linken Flügel der Sozialdemokratie und vertrat den grundsätzlichen Verzicht auf jede wie immer geartete Koalitionspolitik. Im Arbeitererrat schlug sie sich zuweilen auf die Seite der Kommunisten und verstärkte damit ihre Position. Persönliche Zwistigkeiten zwischen den Führern der Arbeitsgemeinschaft, Frey und Rothke, führten knapp vor den Nationalratswahlen zu ihrer Sprengung. Frey „gründete“ eine zweite Arbeitsgemeinschaft. Beide Gruppen — die Gruppe Frey mit aller Offenheit, die Gruppe Rothke verschämt und verborgen — eilten zu den Wahlen auf die Arbeiterkammer, den „Rechtstern“, den „Scheitelmännern“ in der Partei die Kandidaten der Kommunisten bei der Wahl vorzuziehen. Ihr Verhalten wurde auf dem Parteitag als schwerer Disziplinbruch gebührend gerügt und die Anhänger der beiden Gruppen aufgefordert, zwischen diesen beiden Arbeitsgemeinschaften oder der Partei zu wählen. Die Arbeiter entschieden sich natürlich in ihrer großen Masse für die Partei; die beiden „Führer“, bald wieder veröhnt, zogen es vor, eine neue Partei, die der „Linken“ zu „gründen“. Diese nun wurde am Einigungsparteitag mit der kommunistischen Partei verschmolzen. Der Zuwachs, den die Kommunisten erhalten, ist freilich sehr fragwürdig; indes ist die Sozialdemokratie in ihrer inneren Kraft geschwächer als je.

Obgleich an den Verhandlungen des kommunistischen Parteitages von dieser „Einigung“ kaum mehr als Ausdrücke vager Hoffnungen laut wurden, daß sie nun die Gründung einer Massenpartei darstelle, war sie eigentlich das bemerkenswerteste Ergebnis dieser Tagung. Denn was dieser Parteitag sonst an Geistigem bot, erhob sich nicht über das Niveau trivialer Vorkammlingsreden, die sich beharrlich in allgemeinen Verleumdungen der Sozialdemokratie, die das Proletariat verrate und faulterevolutionär in ihrem Wesen sei, erschöpfen. Heiter und bezeichnend für den Grad der Verwirrung war allerdings die Debatte über die Entschleunigung über die Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland und Westungarns an Österreich.

Seit Oktober 1918 kämpft die österreichische Sozialdemokratie für den Anschluß Österreichs an Deutschland. Daß der österreichische Krüppelstaat in seiner gegenwärtigen Stofflichkeit un-

möglich verharren könne, daß das Schicksal seiner Notlage zu einer Verkümmern seiner wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte führen müsse, daß alle „Sanierungsversuche“ dieses Zwangspoliten an der Unnatur seiner wirtschaftlichen Struktur, auf deren schmalem Fundament von drei Millionen armer Gebirgsbauern eine Riesenkraft mit zwei Millionen und eine Reihe anderer Städte mit zusammen einer Million Einwohnern ruht, zu scheitern werde; diese Erkenntnis ist heute die Überzeugung der gesamten Bevölkerung des Landes. Gewiß öffnen sich für Österreich mit den Toren nach Deutschland nicht die Tore eines Daseins in Fülle und Wohlstand. Daß auch Deutschland schwer an der Weltwirtschaftskrise selber und der Anschlag vielleicht kaum in einer wirtschaftlichen Besserung sofort fühlbar wird, ist nirgends bestritten. Aber das Deutsche Reich wird doch nicht ewig in seinem Zustand der Erniedrigung und Armut verbleiben; die ungeheure Arbeitskraft des sechzigmillionenköpfigen Volkes wird sich schließlich den Weg zur Freiheit bahnen; Österreichs Los ist aber, wenn es auf sich selbst gestellt bleibt, fortwährende Verelendung, hoffnungsloser Verfall. Der Anschlag ist daher ein Gebot des Selbstbehaltungsinteresses des Volkes. Aber derartige Erwägungen stehen für die Kommunisten „selbstverständlich außerhalb der Betrachtung“! Es gilt die Frage zu prüfen, was der Sozialismus durch den Anschlag gewinnt. Wie Sozialdemokraten vertreten die Meinung, daß der Anschlag des österreichischen an das deutsche Vaterland die Stellung des österreichischen an das deutsche Vaterland im Staat und in der Gesellschaft ungleich mächtiger als die der deutschen Arbeiterklasse. Aber die österreichische Arbeiterklasse vermag mit ihrer Macht nichts anzufangen, da den Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialismus die wirtschaftliche Armut und die unerträgliche Abhängigkeit vom Ausland als unüberwindliche Schranken entgegensteht. Auch der Sozialismus muß naturgemäß verkümmern und verdorren, wenn die Wirtschaft des Landes verelendet und verdozt. Daß hingegen dem deutschen Sozialismus trotz der ephemeren Herrschaft der weißen Reaktion und trotz der ephemeren Zerstückelung der Kräfte des deutschen Proletariats die größten Möglichkeiten gegeben sind, wird nur von Leuten bestritten werden, die die historische Bewegung des Sozialismus mit den Massen einer höchst vergänglichsten kurzlebigen Tagespolitik messen. Unvergleichliche Repräsentanten dieser Politik sind hierzulande die Kommunisten. Bis zum April 1920 bekämpften sie den Anschlag an Deutschland, mit dem Parole: „Kein Anschlag an Österreich, Anschlag an Sowjetrußland und — während der Episode der ungarischen Räuberkriegs — Anschlag an Sowjetrußland. Ohne Übergang änderten sie plötzlich ihre äußere Politik im April 1920. Nun war die Sozialdemokratie die Berräterin an der Revolution, da sie den Anschlag an Deutschland noch nicht gewaltsam durchgeführt hatte. Denn „der Anschlag Deutschösterreich an Deutschland“, so erklärte die Wiener Note, „ist der Anschlag des deutschösterreichischen Proletariats an die deutsche Revolution. Und diesen wird das revolutionäre Proletariat Deutschösterreichs, wenn es sich aufrichtig auch gegen den Willen der von der Sozialdemokratie unterstützten Ententebourgeoisie vollziehen.“ Nun, auf dem diesjährigen Parteitag sind die Kommunisten zu ihrer alten Parole: „Kein Anschlag an Deutschland!“ wieder zurückgekehrt. Eine Resolution verpflichtet sie, den Anschlag „als illusionär und konterrevolutionär“ zu bekämpfen. Abermals also stehen diese Kommunisten in einer Front mit den schwarzgelben Monarchisten.

Das bayerische Fragezeichen.

Aus München kommen die widersprechendsten Meldungen über die Entschlüsselung der bayerischen Regierung und ihrer Parteien in der Entwaffnungsfrage. Die letzte Wolff-Meldung behauptet allerdings, daß der endgültige Beschluß über die Entwaffnung Bayerns unter die Entschlüsselung der Reichsregierung bedeuete, die Entwaffnungsforderungen der Entente anzunehmen. In dem Moment dieser Meldung, der wohl unter dem Eindruck der Proteste aus Nordbayern gefaßt wurde, doch noch nicht ganz endgültig sein — auch die Reichsregierung scheint das anzunehmen, da sie den Außenminister Dr. Simons nach München entsenden will, damit er die Entschlüsselungen der bayerischen Regierung beclinisse.

Wir stellen die Meldungen aus München hier zusammen:

München, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) In einer amtlichen Verlautbarung der bayerischen Regierung wird gesagt, daß im Mittelpunkt der Verhandlungen im Ministerrat und in den Koalitionsparteien die Forderung der Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehren stand, deren Erhaltung für Bayern nach wie vor nach der übereinstimmenden Anschauung aller beteiligten Faktoren eine Lebensfrage bedeuete. Die bayerische Regierung und die Koalitionsparteien haben die Möglichkeit einer solchen Forderung der alliierten Mächte niemals anher acht gelassen, so oft sie auch ihren Standpunkt in dieser Frage geäußert und bis heute nicht unverständlich festgelegt haben. Auch bei der neuerlichen Prüfung aller einschlägigen Gesichtspunkte und bei den neuerlichen Besprechungen ergab sich, daß dieser Standpunkt, der ausschließlich durch die Sorge für den künftigen Wiederaufbau bestimmt wird, auch durch die neue Lage nicht umgekehrt werden kann und daß die Gründe, die ihn von Anfang an notwendig machten, un-

geschwächt weiterbestehen. Die endgültige Fassung der an die Reichsregierung zu richtenden Note wird Donnerstagvormittag erlassen.

Die verschleppte U.S.P.-Interpellation. — Separatistische Drohungen.

München, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) In der gestrigen Landtagssitzung wurde die Besprechung der Interpellation der U.S.P., abgelehnt, durch die die bayerische Regierung gezwungen werden sollte, wegen ihrer Stellungnahme zur Entwaffnungsfrage dem Landtag Rechenschaft zu geben. Auch für die Donnerstagssitzung wurde die Behandlung dieser Interpellation abgelehnt.

Heute tagt der Landesausschuß der bayerischen Volkspartei mit der Landtagsfraktion. Auch die übrigen Koalitionsparteien halten noch Besprechungen mit ihren Parteimitgliedern ab, um endgültige Beschlüsse zur politischen Lage zu fassen. In der Landesausschuss-Sitzung sprach Dr. Helm eine Entschließung an, wonach die Reichsregierung durch eine Auflösung der Einwohnerwehren die Reichseinheit gefährde, und die Auflösung als Widerstandsmaßnahme bezeichnet wird. Dr. Helm beginnt mit seinen separatistischen Drohungen.

Professordrohungen aus Nordbayern.

München, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die Organe der U.S.P. und S.P.D. in Nürnberg veröffentlichten Aufrufe, in denen zur Bereitschaft gegen die Regierung Rühr aufgefodert wird und der Wille der nordbayerischen Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt, bei einem Konflikt Bayerns mit dem Reich, für den Fall einer Kooperationsabsicht Bayerns vom Reich, Nordbayern von Südbayern abzutrennen und treu zum Reich zu halten.

München, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Der Stadtrat von Nürnberg nahm gestern gegen 5 Stimmen, daß sich die Stimmen der Deutschnationalen und der bayerischen Volkspartei, ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Rühr an, in dem es heißt: „Der Stadtrat Nürnberg billigt den von der Reichsregierung in der Reichstagsitzung vom 2. Februar eingenommenen Standpunkt sowohl in der Entwaffnungsfrage, als auch bezüglich der wirtschaftlichen Forderungen, die der Stadtrat ebenso wie die Reichsregierung und die Reichstagsparteien für absolut undurchführbar hält. Von der bayerischen Regierung wird erwartet, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt ist, denn eine gegenwärtige Stellungnahme zum Reich würde unabsehbare politische und wirtschaftliche Folgen für dieses und Bayern nach sich ziehen.“

Nürnberg, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die reichs- und verfassungstreuen Parteien des bayerischen Landtags besaßen sich mit der Frage der eventl. Bildung einer bayerischen Gegenregierung in Nürnberg, da sich die Regierung Rühr an der Reichsverfassung gekümmert hat, und als Rebell betrachtet werden muß. Die Separatisten in Bayern sehen jetzt wieder ihre stärkste Hoffnung auf die Regierung Rühr.

Die Unterwerfung?

München, 10. Februar. (M.W.) Die Verhandlungen der bayerischen Koalitionsparteien über die angelegte Note des bayerischen Kabinetts an die Reichsregierung haben gestern in später Abendstunde zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Die endgültige Formulierung der Note wird heute festgelegt werden. Die bayerische Regierung wird in der Note zwar von ihrem Standpunkt über die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Behandlung der Pariser Beschlüsse nicht abgeben, wird sich aber in der Entwaffnungsfrage den Anordnungen, die die Reichsregierung für notwendig hält und vorläufigsmäßig beschließen wird, nicht widersetzen. Bayern sei gewillt, die schweren Lasten, die der Friede von Versailles uns auferlegt hat, gemeinsam mit den Ländern und dem Reich zu tragen.

Die Telegraphen-Union meldet dazu noch: Der deutschdemokratische Fraktion gebührt dabei das Verdienst, manche Schärfe ausgeglichen und den Ausgleich angebahnt zu haben; sie fand dabei die Unterstützung des bayerischen Bauernbundes, während mit den Deutschnationalen ein Teil der bayerischen Volkspartei sich jeder sachlichen Annäherung an den Standpunkt der Reichsregierung widersetzen. Die Verhandlungen der Koalitionsparteien gehen heute weiter, werden aber im wesentlichen nur noch redaktionellen Charakter haben, um die definitive Formulierung festzulegen. Dann wird sich der Ministerrat nochmals damit beschäftigen und die Antwort, wenn sie diese genehmigt hat, nach Berlin weitergeben.

In Berlin traut man diesen Meldungen noch nicht recht. Wie die Berliner Börsenzeitung hört, bestand gestern bei der Reichsregierung der Plan, den Reichsminister des Neuherrn Dr. Simons nach München zu entsenden, um dort die Darlegungen Dr. v. Kahr, die dieser nach seiner Rückkehr von der Ministerkonferenz in Berlin von dem Ernst der Lage auf Grund der ihm hier gemachten Eröffnungen gab, durch neues Material zu ergänzen und noch in letzter Stunde Einfluß auf die Entschlüsselungen der bayerischen Regierung zu nehmen.

Man wird also gut tun, die Meldungen von der Unterwerfung der bayerischen Reaktion vorerst noch mit einem Fragezeichen zu versehen.

Die kommunistische Konfuktion.

München, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die Neue kommunistische Zeitung teilt mit, daß der Kommunist Thomas, der vor kurzem die kriegsabweisenden Artikel und die Aufforderung, mit den Studenten gemeinsame Sache zu machen, geschrieben hat, seine Tätigkeit in der K.P.D. bis zur Klärung des Verhältnisses der Zentrale der K.P.D. zur Münchner K.P.D. einstellt.

Sachverständigen-Konferenz in Berlin.

Berlin, 9. Februar. Im Auswärtigen Amt fand heute unter Vorsitz des Reichsministers des Neuherrn eine Sitzung von Sachverständigen statt, um die deutsche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in der Entschlüsselungsfrage im einzelnen zu erörtern und die deutschen Gegenvorschläge vorzubereiten. Der Reichsminister des Neuherrn gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage, soweit sie sich auf das Entschlüsselungsproblem bezieht. Die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Pariser Beschlüsse wurden hierbei besonders behandelt. Nach eingehender Besprechung der einzelnen in Frage kommenden Probleme wurde ein engerer Arbeitsausschuß eingesetzt, der seine Beratungen am nächsten Montag aufnehmen wird. Dem Arbeitsausschuß gehören Vertreter des Handels, der Industrie, der Finanz, der Landwirtschaft, Seeschifffahrt und der Arbeiter an.

Berlin, 10. Februar. Dem von der Sachverständigenkonferenz im Auswärtigen Amt gebildeten engeren Arbeitsausschuß gehören folgende Mitglieder an: Vorsitzender des Reichswirtschaftsrats

Ebler u. Braun, Geheimrat Wiedfeldt vom Direktorium der Aktiengesellschaft Friedr. Krupp, Direktor Hans Kramer, Generaldirektor Cuno, Walter Rathenau, Hugo Stinnes, Generaldirektor Voegler, Reichsminister (Hamburg), Generaldirektor Lützen (Eisen), Direktor Stauch, Reichsbankpräsident Havenstein, Generalsekretär Silberstein als Arbeitervertreter und je ein Vertreter des Reichsministeriums des Auswärtigen, des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums.

Also ein ganzer Arbeitervertreter!

Vorbereitungen zur Fesslung der Gesamtschuld.

DA. Paris, 9. Februar. Die Reparationskommission hat sämtliche alliierten Regierungen nachdrücklich dringend aufgefordert, sobald wie möglich genaue Zusammenstellungen über die erlittenen Kriegsschäden vorzulegen, damit die Gesamtschuld Deutschlands durch die Reparationskommission festgelegt werden könne. Die Reparationskommission erluchte um die Vorlage der notwendigen Abschätzungen bis zum 12. Februar.

Eine polnische Note über die Entwaffnung.

DA. Warschau, 9. Februar. Die polnische Gesandtschaft in Paris hat im Namen der polnischen Regierung dem Obersten Rat eine Note über die Entwaffnung der deutschen Freiwilligenformationen in Ostpreußen überreicht. Die durch zahlreiche Urkunden unterstützte Note ist vorher dem Marschall Foch mitgeteilt worden. Polen fordert: 1. Die Festlegung der Höchstzahl der Reichswehr in Ostpreußen und die Verhinderung geheimer Organisationsmaßnahmen, 2. die Entwaffnung von 5 Freiwilligenlagern, 3. die notwendige Sicherung der preussischen Grenze nach Litauen zu. Die polnische Note wird vom Obersten Rat bei Besprechung der gesamten Abrüstungsfrage in Erwägung gezogen werden.

Deutschland soll mit Rohstoffen und Kohlen bezahlen.

Frankreichs Kammerdebatte über die Pariser Beschlüsse. Paris, 8. Februar. Die Kammer setzte heute die Debatte über das Pariser Abkommen fort, wobei sich ein Zweigespräch zwischen dem früheren Finanzminister Lohy und Briand entwickelte. Lohy behauptete sich darüber, daß die vorgezeichneten Zwangsmassnahmen dem Schuldner nicht mitgeteilt worden seien, worauf Briand erwiderte, die Sanktionen seien Angelegenheiten der Alliierten. Nur die Entschlüsselung würden Deutschland mitgeteilt. Nach dem Friedensvertrag von Versailles dürften hierüber die Deutschen Bemerkungen machen, die die Alliierten annehmen oder zurückweisen könnten. Wenn wir, sagte Briand, den Deutschen die Zwangsmassnahmen mitgeteilt hätten, hätte es den Anschein erwecken können, daß es den Deutschen gestattet wäre, darüber Bemerkungen zu machen. Das aber erlauben wir nicht. Lohy kritisierte weiter eingehend die Pariser Beschlüsse und erklärte, Frankreich müsse den Zinsendienst der Anleihen zu seinen Lasten nehmen, um die Reparationen zu bezahlen, die vollkommen Deutschland schulde. Das sei nicht nur gegen den Waffenstillstandsvertrag, sondern entspreche auch nicht dem Frieden. Selbst Graf Brockdorff-Rantzau habe in seinen Gegenvorschlägen die Reparationspflicht anerkannt. Er habe zugestanden, daß der deutsche Steuerzahler mindestens ebenso viel bezahlen solle als die alliierten Steuerzahler.

Dann ergriff Minister Loucheur das Wort: Wir erkennen an, daß Frankreich auf der Pariser Konferenz Opfer gebracht hat. (Bewegung.) Die deutsche Handelsbilanz wolle mit 12 bis 13 Milliarden Goldmark aktiv werden. Er glaubt, daß die deutsche Ausfuhr 20 bis 25 Milliarden Goldmark betragen könne. Deutschland habe vor dem Kriege für 13 Milliarden ausgeführt. Wenn man den Wert von Eisen-Rohstoffen, der Saarregion und Oberschlesiens abrechne, gelange man zu 10 Milliarden Mark für 5 oder 6 Jahre. Nach seiner Ansicht könne die Ausfuhr von Deutschland und Frankreich in den folgenden Jahren sich verdoppeln. Die Annuität auf die Ausfuhr, die Graf Sforza sehr richtig bezeichnete, bestehe darin, daß Deutschland 12 Prozent der einlaufenden ausländischen Devisen mit Hilfe seiner Steuerzahler zurückzahlen müsse. Die deutschen Steuerzahler müßten ebenso hoch belastet werden wie die französischen Steuerzahler. Die Besatzungstruppen blieben außerhalb der Frage. Auf die Frage, ob man die Norddeutschen mobilisieren könne, antwortete Loucheur: Es ist nicht möglich, in den nächsten 5 Jahren seine eigenen Forderungen nicht stillzu machen und Frankreich seine Märkte zu öffnen. Wir haben Objektionen vorzulegen, die wir abweisen können. Deutsche Reparationen wolle man nur zulassen, soweit sie der französischen Industrie keinen Schaden zufügen. Adhärenz ist im Gegenteil, die der französischen Industrie fehlen, und auch eine Mehrleistung an Kohlen seien für Deutschland ein Zahlungsmittel.

Paris, 9. Februar. In der Kammerdebatte wurde gegen Mitternachts die von der Regierung beschlossene Tagesordnung noch mit 387 gegen 125 Stimmen angenommen.

Paris, 9. Februar. Wie Hamas berichtet, hat Loucheur gestern in der Kammer gesagt, es sei notwendig, daß die deutsche Handelsbilanz mit neun bis zehn Milliarden aktiv sei.

Wachsende nationalistische Ausschreitungen in Oberschlesien.

Kattowitz, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Die Agitation für die Volksabstimmung nimmt von beiden Seiten immer schärfere Formen an und bewegt sich neuerdings in Bahnen, die immer mehr der Korruption und Demoralisation der Bevölkerung Vorschub leisten. Das polnische Plebiszitkommissariat, das unter Leitung von Korsantj steht, hat vor einigen Tagen einen Aufruf veröffentlicht, in dem es die Herausgeber des deutschen Wapflattes Merot und anderer deutscher Propagandazeitungen mit schweren Strafen nach der Volksabstimmung bedroht. Korsantj beging damit einen offensbaren Verstoß gegen den Friedensvertrag, der sämtlichen an der Abstimmung Beteiligten volle Straffreiheit für ihre politischen Taten zusichert. Offenbar hat Korsantj die deutsche Agitation durch diese Drohung einschüchtern wollen. Diese antwortete, dadurch verleiht, mit einem schweren Fehler. Das deutsche Plebiszitkommissariat erklärt einen Aufruf, indem es 1 Million deutscher Reichsmark als Belohnung aussetzt für diejenigen, die bei der Belämpfung der geheimen polnischen Kautorganisations, genannt Bojowa Polska, erfolgreiche Hilfe leisten. Es heißt in diesem Aufruf: „Die Bojowa Polska hat folgende Aufgaben: Oberschlesien, die sich unbehaglich gemacht haben, zu ermorden, deutsche Urkunden zu rauben, oder zu vernichten, Versammlungen deutschgefinnter Oberschlesier zu sprengen und die Bevölkerung durch Handgranaten- und Dynamitattentate in Schrecken zu versetzen, damit man glaube, daß niemand gegen die Macht der Polen aufkommen könne. Die Existenz dieser polnischen Organisationen kann in der Tat nicht bestritten werden. Unzählige Beispiele von Ausfagen von der Polizei verhafteter Mitglieder dieser Organisationen sowie gerichtliche Verfahren beweisen die Existenz derselben.“

muss aber als ein schwerer Fehler erscheinen, daß das deutsche Reichsamt für die Bekämpfung dieser Banden nicht den Regierungen beibringt, also der interalliierten Kommission überläßt, sondern durch eine Stiftung von 1 Million deutscher Reichsmark in diesen Kampf zwischen der Regierung und den unfaulteren polnischen Elementen eingreift. Der Erfolg dieser Aktion wird lediglich neue Korruption, neue Demoralisierung, neue Angeberei, neue Spionage und neue Fälschungen von Lügenberichten sein. Dadurch wird das politische Leben in Oberschlesien immer unsicherer und da die Polen mit irgendeiner Aktion werden antworten müssen, so nimmt die Korruption und Demoralisation einen Umfang an, der für die ruhige Abstimmung immer mehr befürchten läßt. Die Arbeiterklasse wird mehr und mehr von der beiderseitigen Agitation abgetrieben. Es ist an der Zeit, daß sie selbst die Initiative ergreift und sich von der nationalpolitischen Agitation beider Seiten lossagt und in eigener Aktion die wahren Interessen des Sozialismus und des Proletariats vertritt. Diese Einheit der Arbeiterfront bildet sich immer mehr und mehr. Sie zeigte sich bereits auf dem letzten außerordentlichen kommunistischen Parteitag, auf dem immer mehr Stimmen sich für eine im sozialistischen Sinne notwendige Abstimmung für Deutschland erhoben, so daß ganze Ortsgruppen den Kommunisten verloren gingen. Ueber den kommunistischen Parteitag, der am Sonntag seine Fortsetzung findet, wird noch ausführlich zu berichten sein.

Kommunistische Waffen.

Dolch, Schlagring und Gummiknütel gegen unabhängige Sozialdemokraten.

Die kommunistische Sprengkolonne, die sich in der Sonntagserfassung unserer Partei in Frankfurt a. M. betätigte — wie haben in der Dienstagnummer darüber kurz, nach der Frankfurter Zeitung, berichtet —, verdient noch eine nähere Beleuchtung. Unser Frankfurter Parteiblatt, das Volkrecht, bringt eine Schilderung, der wir folgendes entnehmen:

Schon am Tage vorher waren der Parteileitung Nachrichten zugegangen, wonach die Kommunisten die Absicht hätten, die Versammlung zu sprengen. Und so war es auch. Mit Messern, Schlagringen, Stilmöbeln, Feuerwerkspörtern und ähnlichen gefährlichen Waffen kamen sie unter der Leitung von Horst Orzech und Fritz Heuert, der extra aus Berlin herbeigekommen war. Es waren ihrer nicht viele, etwa 150 bis 200, unter insgesamt 2500 Versammlungsbesuchern. Aber sie hatten die Strohtropfen gut eingeklebt, und so gelang es ihnen, einen Erfolg, allerdings einen sehr traurigen, zu erzielen. Genosse Dörmann sprach ruhig und sachlich, aber gerade das empfand die Ruhestörer. Erst kamen einzelne Zwischenrufe, dann wurden Pfeifen und Jodeln, und nach einer Weile explodierte auch ein Feuerwerkspörtern. Todhem gelang es jedoch Genossen Dörmann, sich 1/2 Stunden lang selbständig Gehör zu verschaffen. Dann aber ließen sich die Sprengkolonnen nicht mehr zurückhalten. Pfeifen, Schreien, Hochrufe auf Ruhland, Explosionen von Feuerwerkspörtern, Gefang der Internationalen wechselten in kurzer Reihenfolge ab. Zeitweilig erhellte das Bild an den Karneval. Nachdem das Treiben eine halbe Stunde gedauert hatte, mußte Dörmann seine Ausführungen vorzeitig abbrechen und die Versammlungsleitung schloß darauf die Veranstaltung. Das brachte die Rabaukelei in die höchste Blüte. Ihre Führer haben das Zeichen zum Angriff auf die Rednertribüne. Doch die Versammlungsleitung hatte das vorausgesehen, die Tribüne war abgesperrt. Nur einem der Klugegehesten war es im Gedränge gelungen, auf die Rednertribüne vorzudringen. Kaum hatte er sie erreicht, als er mit einem lauten, geschrien Dolch nach rechts auf den mit einigen Freunden stehenden Genossen Dörmann zuging, um ihn auf diese Weise zu „überlegen“. Nur dem Dörmann sprachen mehrere Genossen vor es zu verhindern, mußte Dörmann nicht die kommunistischen Wurzeln zum Opfer stel. Noch andre, ebenfalls bewaffnete Kommunisten versuchten nach der Rednertribüne vorzudringen; mehreren von ihnen wurden Schlagringe und Gummiknäuel abgenommen. Als dem Vorsitzenden der Frankfurter Kommunisten, Horst Orzech, Vorhaltungen deswegen gemacht wurden, billigte er es ausdrücklich, auch die Tat seines dolchbewaffneten Parteigenossen fand seinen Befall.

Wir nehmen an, daß die anständigen Menschen unter den Kommunisten diese Heldentaten verabscheuen und verurteilen werden. Sie haben aber Mitschuld an solchen Vorfällen auf sich, wenn sie es nicht zu öffentlicher Verurteilung derartiger Exzesse bringen. Bequemer ist freilich die Methode der roten Fahne, die über „Hinterdreppromane“ zittert und sich entrollt, daß damit „die schmutzigen Anwälte reaktionärer Scharmacherblätter gegen Arbeiterparteien noch übertrumpft“ würden. Dann sind also wohl der Dolch, die Schlagringe und Gummiknäuel, die den kommunistischen Versammlungsstören entziffen wurden, trotz ihrer massiven Körperlichkeit Phantasieprodukte? Und die Feuerwerkspörtern, die explodierten, desgleichen? Die rote Fahne mag dafür sorgen, daß ihre Parteigenossen sich gestillt benehmen lernen, dann wird sie keinen Anlaß mehr haben, über „schmutzige Anwälte“ zu zittern.

Die Unschuldigen.

Zweihundert Offiziere von ehemaligen kaiserlichen Regiments haben den Verlagsbuchhändler Eugen Dieckhoff in Jena wegen Verleumdung verklagt und auch seine Verurteilung zu 800 M. wegen übler Nachrede erlangt. Die Verleumdung haben sie in einem Artikel der „Reichszeitung“ die Tat vom März 1920, worin gesagt wird, jeder Offizier, fast ohne Ausnahme, habe beim Einmarsch in Belgien gestohlen. Auf Einwendungen hin ist die Behauptung eingeschränkt worden, doch behaupten die Verleumder nun, die Ehrenklärung sei durch einen Nachtrag illusorisch gemacht worden. Der Verleumdiger Friederich wandte gegen die Klage ein, der Anlaß sei vom geschichtlichen Standpunkt gesehen, um die Demoralisation zu zeigen, die durch den Krieg herbeigeführt sei. Diesen Einwand legen die Angeklagten nicht gelten, sondern verlangen eine Ehrenklärung, wonach die Offiziere in punkto des Stiehlens und Plünderns Unschuldige sind. Sie setzen auch, wie schon bemerkt, die Verurteilung des Beklagten durch.

Wie steht es denn nun aber mit dem Vorwurf selbst? Die Soldaten, die in Belgien einmarschiert sind, könnten darüber genaue Auskunft geben, ob dort gestohlen wurde und ob dabei Offiziere in großem Umfang beteiligt waren. Es ist doch hinlänglich bekannt, wie nicht nur in Privathäusern, sondern auch in Museen und Kirchen gestohlen wurde, erst kürzlich sind wieder wertvolle Kunstgegenstände aus Deutschland nach Belgien zurückgebracht worden.

Es wird Zeit, daß das Material über die Diebstähle aus jener Zeit zusammengetragen wird, damit den Dieben der Mut verzeiht, sich auch noch als verfolgte Unschuld aufzuspielen.

Britische Weisepolitik in Irland.

Berlin, 10. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach einer Londoner Meldung hat die britische Militärbehörde in West-Cork in Irland alle Männer im Alter von 17—50 Jahren in Abteilungen von je 18 Mann eingeteilt, welche für alle Angriffe auf englische Polizeitruppen in denen ihnen zur Verfügung übergebenen Bezirken des Landes verantwortlich gemacht werden.

Russische Konzessionen an Polen?

O. E. Riga, 9. Februar. Die Verhandlungen in der Goldfrage und über die Höhe der Entschädigung für das in Rußland verbleibende rollende Material bleiben erfolglos und ziehen sich in die Länge. Die russische Delegation hat Polen für einen Teil der Goldzahlungen Konzessionen im Dones-Gebiet und Kohlenbecken angeboten. Wie Warschauer Blätter melden, ist die polnische Delegation diesem Angebot grundsätzlich abgeneigt, indessen werde in Betracht der Bedürfnisse der polnischen und insbesondere der ober-schlesischen Industrie das Angebot in Warschau geprüft werden. Infolge der Hintertreibung von zwei Kommunisten auf Grund eines Wiener Gerichtsurteils droht die Rigaer Sowjetdelegation mit Repressalien gegen polnische Geiseln, deren Freilassung vor einiger Zeit vereinbart worden war.

Kriegsvorbereitungen in Rumänien.

O. E. Bukarest, 9. Februar. Wie die Weteroburger Krastnaja Gazeta meldet, finden gegenwärtig auf den rumänischen Eisenbahn-Vorbereitungen für den Fall eines Feldzugs statt. Diese Maßnahmen führt das Blatt auf die Initiative Late Jonecus zurück und bemerkt, daß Rumänien offenbar ein Doppelspiel treibe.

Die Verfassung Polens.

Warschau, 8. Februar. In der Verfassungsberatung nahm der Sejm eine Bestimmung an, wonach der Staatspräsident im Kriegsfall niemals gleichzeitig oberster Gerichtsherr sein darf. — Diese Bestimmung richtet ihre Spitze gegen Vilsudski, der bisher beide Funktionen vereinigt hatte und gegen den die Rechtsparteien jetzt Sturm laufen.

Aus dem Stadtverordnetenrat.

Sitzung vom 9. Februar. Nach Verlesung einer Anzahl Eingänge beginnt die Beratung der Tagesordnung mit der Eingabe wegen Ueberlassung eines Sportplatzes an den Arbeiter-Radfahrer- und Sportklub im Schönefelder Volkspark, die dem Rat zur Verlesung überwiegen wird.

Richtlinien für Betriebsräte der städtischen Betriebe. Es liegt eine Eingabe vor, den Rat zu ersuchen, in Abrede mit dem Betriebsrat der städtischen Betriebe Richtlinien zu vereinbaren, worin den städtischen Arbeitern und Angestellten das Mitbestimmungsrecht in allen Angelegenheiten gewährt wird, die sowohl das Arbeitsverhältnis wie ihre materiellen Interessen als Arbeitnehmer betreffen. Stadtv. Wöhle tritt als Berichterstatter aus, daß die Betriebsräte die Auffassung von Richtlinien wünschen, die ihnen ein Mitbestimmungsrecht bei allen die Arbeiter betreffenden Betriebsvorgängen geben. Der Rat habe sich dazu nicht verstehen können, obgleich in Berlin, Halle und Chemnitz schon Richtlinien in dem gewünschten Sinne abgeschlossen sind.

Stadtv. Annath wendet sich gegen die empfohlene Ueberweisung zur Verlesung, da die Betriebsräte Forderungen stellen, die über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehen. Stadtrat Dr. Köhne: Der im vorigen Jahre eingegangene Entwurf der Betriebsräte für Richtlinien ging weit über die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes hinaus und wurde deshalb vom Rat abgelehnt. An einem Gegenentwurf des Rates, der sich in den Grenzen des Gesetzes hielt, erklärten die Betriebsräte kein Interesse zu haben. Sie haben sich auch nicht an den Schlichtungsausschuß gewendet. Berlin und Halle haben die Möglichkeit, örtliche Vereinbarungen zu treffen, während wir an die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes der städtischen Gemeinden gebunden sind, der nur die gesetzlich gewährleisteten Rechte zugestehen will. Auch die Richtlinien für Chemnitz enthalten nichts anderes.

Ueberreicher Junk tritt, die Eingabe dem Rat zur Erwägung zu überweisen.

Stadtv. Weismann hält die Berufung auf die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes nicht für glücklich. Die immer alleinsetzende Mehrheit, daß der Verband ein reaktionäres Gebilde ist, kann durch solche Versicherungen nur unterstügt werden. Wir wünschen die Verlesung in dem Sinne, daß die Rechte der Betriebsräte festgelegt werden. Wir denken nicht daran, die Rechte der Stadtverordneten irgendwie dadurch zu beschneiden. Wir wollen eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, ohne daß man sich zu sehr an die gesetzlichen Bestimmungen klammert. Der Antragsteller tritt auf Verlesung ein. Gegen 23 Stimmen wird demgemäß beschloffen.

8 050 000 Mark für die Elektrizitätswerke.

Die Ausschüsse beantragen Zustimmung zur Aufstellung eines neuen Umformers im Elektrizitäts-Unterwerk Kaufhaus und Ergänzung der Hochspannungsanlage im Hauptwerk Süd, sowie Deckung der Kosten von 8 050 000 M. aus Betriebseinnahmen zu Lasten der Anlagekosten und entsprechende Erhöhung der Strompreise.

Nach eingehender Begründung durch den Stadtv. Schell, der u. a. mittelst, daß man von der Erhöhung der Strompreise eine Mehrerlöse von 2 Millionen Mark erwartet, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Stadtv. Meyer kann sich mit der Erledigung der Deckungsfrage nicht einverstanden erklären. Er wünscht in Zukunft die Vorlage der Betriebsverträge der städtischen Werke, bevor man sich zu so hohen Abschreibungen entschließt.

Gebührenordnung für die Markthalle.

Zu der in der vorigen Sitzung an die Ausschüsse zurückverwiesenen neuen Gebührenordnung für Benutzung der Verkaufshände, Keller, Kälz- und Lagerräume, Wagen und Kontore in der städtischen Markthalle, und des offenen Großhandelsmarktes auf dem Hof- und Königsplatz wird von den Ausschüssen beantragt:

1. die Vorlage abzulehnen;
2. den Rat zu ersuchen, die Gebühren wie folgt zu erhöhen:
a) für Verkaufshände bis zu 5 Quadratmeter Größe um 50 Prozent, von über 5 bis 10 Quadratmeter um 75 Prozent, und von über 10 bis 20 Quadratmeter um 100 Prozent und von über 20 Quadratmeter um 125 Prozent,
b) für Benutzung der Keller, Kälz- und Lagerräume, Wagen und Kontore und des offenen Großhandelsmarktes auf dem Hof- und Königsplatz um 100 Prozent;
3. die Eingabe durch die Beschlussfassung auf die Vorlage als erledigt anzusehen.

Stadtv. Böner: Die Standinhaber werden die Erhöhung auf die Preise schlagen müssen. Die Erhöhung der Mietpreise für Markthallenstände unterliegt der Genehmigung des Mietlingsamtes. Redner stellt den Antrag auf eine andre Stafflung, der aber keine Unterstützung findet.

Stadtrat Preisner: Der Rat steht auf dem Standpunkte, daß eine allgemeine Erhöhung um 100 Prozent die gerechteste Form sei. Die Großstandinhaber sind selber schon stärker herangezogen worden. Der Ausfall, der durch die von den Ausschüssen vorgeschlagene Stafflung eintritt, wird rund 100 000 M. betragen.

Stadtv. Böner will, daß die Ueberhöhe des Großmarktes zur Deckung des Markthallenbedarfs herangezogen werden. Die Ausschüsseanträge werden gegen 5 Stimmen angenommen.

Zu der Rückführung des Rates, betr. den Ratsbeschluss, den Kraftfahrern zu genehmigen, daß sie Fahrten nach Part Meudorf und Fortshaus Radkisch absehen dürfen, wird beschloffen, bei dem Beschluss vom 22. Dezember 1920, das Gutachten in absehnendem Sinne abzugeben, stehenzubleiben.

Die Leipziger Privatmädchenschulen

fordern Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu den Gehältern der Lehrkräfte. Der Finanz- und Schulausschuß beantragt, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

Die Eingabe wird auf Antrag von Stadtv. Fr. Sanber zur nochmaligen Beratung an die Ausschüsse zurückverwiesen.

Religionsunterricht in den Schulen.

Eine Eingabe der Freidenkervereinigungen auf Schaffung von Bekennerschulen für Freireligiöse wird dem Rat zur Kenntnisnahme überwiesen, nachdem die Berichterstatterin, Frau Stadtv. Hoyer, dargelegt hatte, daß erli bei religiös- und landesgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

Bezüge der Schulhausmeister.

Stadtv. Professor Herz berichtet über:
1. Rückführung des Rates über die Neuordnung der Werte der Dienstwohnungen und andern Sachbezüge der Schulhausmeister;

11. Ratsbeschluss, den Schulhausmeistern vom 1. April 1920 an für die besonderen Dienste, die sie von ihrer Ehefrau oder von einem andern Familienmitglied verrichten lassen müssen, eine Entschädigung von je 600 M. jährlich zu gewähren und dazu ein Berechnungsgeld von 9000 M., d. i. die Summe für 15 Hausmeister der höheren Schulen, zu Lasten des Kontos 6, und 20 000 M., d. i. die Summe für 66 Hausmeister an den Volksschulen, zu Lasten des Sonderhaushaltsplans „Schulgemeinde“ (48 000 M. zusammen) zu bewilligen.

Der Schul- und Verfassungsausschuß beantragt:
1. den Rat zu ersuchen, nochmals in eine Prüfung der Verhältnisse einzutreten, vor allem in Bezug auf die Festlegung der Abzüge für Miete und Heizung;

2. den Rat zu ersuchen, die den Ehefrauen der Schulhausmeister zu gewährenden Entschädigung (mit Einschluß des Kunnats der Thomaschule) auf jährlich 1200 M. zu erhöhen, im übrigen zuzustimmen.

Den Anträgen wird unter der Bedingung zugestimmt, daß die nochmalige Prüfung unter Zuziehung eines Vertreters der Schulhausmeister vorgenommen wird.

Ein dringlicher Antrag

des Stadtv. Hente ersucht den Rat, die Direktion der Straßenbahn anzuweisen, die Ausgabe von Wochenkarten nicht durch bürokratische Maßnahmen zu erschweren oder unmöglich zu machen.

Der Antragsteller führt aus, es habe den Anschein, als wolle die Direktion durch ihre Maßnahmen beweisen, daß die Bestimmungen nicht durchführbar seien. Die Karten würden so fort ausgegeben, daß ein Teil der Arbeiter und Angestellten sie nicht erhalten konnte. Auch jetzt werden eine Menge Schwierigkeiten gemacht. Der Arbeitgeberverband hat die Firmen aufgefordert, die Karten nicht zu beschaffen. Auf Grund der Beschlüsse der Arbeitgeber händigt die Straßenbahn die Karten nicht für einen Betrieb aus, sondern verlangt, daß die Leute sich die Karten selbst holen. Das ist ganz unmöglich. Auch die ehrsinnigen Normalitäten gehen zu well. Es müssen mit Arbeitgebern und Betriebsräten Verhandlungen getroffen werden, wie die Karten am schnellsten ausgegeben werden.

Stadtrat Peters: Die Direktion will die Ausgabe nicht sabotieren. (Allgemeiner Widerspruch.) Die Karten sind früher ausgegeben worden als in Aussicht gestellt war. Es werden jetzt 25 000 Stück pro Woche ausgegeben. Wir werden alles tun, der Schwereigkeiten Herr zu werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ohne mündliche Berichterstattung wurde folgenden Vorlagen zugestimmt: Den Ratsbeschlüssen: a) für das Jahr 1920/21 dem Verkehrsverein Leipzig eine außerordentliche Beihilfe in Höhe von 10 000 M. zu Lasten von Konto 7 außerordentlich nachzubewilligen, b) vom 1. April 1921 ab den laufenden Betrag von 20 000 M. auf 40 000 M. zu erhöhen und diesen Betrag in Konto 7 des Haushaltsplans 1921/22 einzustellen. — Uebertragung des Ortsgesetzes über die Erhebung von Beiträgen zur Förderung der Werkschule für die Mustermeßer in Leipzig. — Nachbewilligung von zusammen 4 240 000 M. auf Konto 35 „Elektrizitätswerke“. — Ratsvorlage über: 1. die Erhebung von Steuern um zur Erhaltung eines Kraftwagenparks im Grundstück Dessauer Straße Nr. 10 für den jährlichen Mietzins von 20 500 M., 2. die Bewilligung einmaliger Ausgaben mit rund 117 000 M. zu Lasten von Konto 1 neuer Abschnitte „Kraftwagenpark“ des Haushaltsplans für 1920/21 außerordentlich und 3. die Bewilligung eines Berechnungsgeldes von 125 000 M. für die laufenden Ausgaben in den Monaten Februar und März d. J. ebenfalls zu Lasten von Konto 1 des Haushaltsplans 1920/21. — Nachbewilligung von 41 250 M. Mehrkosten für die Unterhaltung der Kraftfahrzeuge des Verkehrsamts. — Ratsbeschluss, 700 000 M. für den Bau eines Königs-Justizbaus im Bereich des Krankeuhofes St. Jakob zu den bereits aus Anleihen bereitgestellten 570 000 M. unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß der Staat die andre Hälfte der Gesamtkosten übernimmt. — Ausführung baulicher Herstellungen und Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in den Grundstücken Klosterstraße Nr. 9 und 11 mit einem Kostenaufwand von 83 100 M., der aus Mitteln der Siechenhaus-Stiftung befristet werden soll, sowie Verwendung der Anstalt nach dieser geplanten Herstellungen zur Verlegung einer Wasserleitung für die der notwendige Pflegekostenbeitrag entrichtet wird. Der Hofbau- und Stiftungsausschuß beantragt: der Vorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß zwei der Gebäude zur Verlegung alter und schwacher Leute verwendet werden, und das dritte, früher als Bazarrenstall benutzte, als Heim für bedürftige Kinder, die sich in der Anstalt des Johannishospitals. — Bewilligung des Unterhaltungsaufwands von 5000 Mark für die Wohnungsanlage in der früheren Heilanstalt Thonberg. — Bewilligung von 35 000 M. außerordentlich als Berechnungsgeld zur Uebernahme, Instandsetzung und Vermehrung der Wanderkörbe des Vereins für Mutterkutsch sowie von 2500 M. ordentlich als Betriebskosten im laufenden Berichtsjahr. — Nachbewilligung von 9500 M. zum Einbau der elektrischen Lichtanlage in das Arbeiterwohnhaus Probstheider Straße Nr. 8. — Errichtung einer Versuchsanlage für die Chlorgasbehandlung der Abwässer in der Kläranlage und Bewilligung der hierzu erforderlichen Kosten von 110 000 M. — Bewilligung von 1 150 000 M. Berechnungsgeld für die Erhöhung der Arbeiterlöhne vom 1. Januar 1921 ab zu Lasten von Konto 42 außerordentlich des Haushaltsplans 1920/21 vorbehaltlich der Berechnung bei den einzelnen Betriebskonten. — Ratsbeschluss über: a) die Eingemeindungsverträge zwischen der Stadtgemeinde Leipzig und den Gemeinden Cradefeld und Gräßdorf; b) den Kauf- und Leistungsvertrag zwischen der Stadtgemeinde Leipzig und den Gemeinden Cradefeld und Gräßdorf hinsichtlich des Feuerlöschdienstes; c) den Eingemeindungsvertrag zwischen der Stadtgemeinde Leipzig und der Gemeinde Bölsig; d) den Eingemeindungsvertrag zwischen dem Johannishospital zu Leipzig und der Gemeinde Plaußig.

Von Nah und Fern.

Verhaftung einer Falschmünzer-Bande.

Frankfurt a. M., 9. Februar. Die Frankfurter Arminiozölzler entdeckte gemeinsam mit der Wiesbadener und der Röhner Polizei in Wiesbaden eine Fabrik, in der falsche polnische 1000-Mark-Scheine hergestellt wurden. In der Verhaftung wurden noch für 20 Millionen Mark dieser falschen Scheine vorgefunden. In der Angelegenheit wurden bereits zwölf Personen aus Frankfurt, Wiesbaden, Mainz und Tübingen verhaftet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Georg Meißner in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller, Vordorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Nützliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Es ist festgestellt worden, daß mehrfach von den Inhabern von Fernsprechanlagen für die Benutzung ihres Fernsprechers durch dritte Personen unzulässige Gebühren erhoben werden.

darf sich der Inhaber eines Fernsprechanlasses von dritten Personen, die keinen Fernsprecher besitzen, sowohl im Ortsverkehr als auch im Fernverkehr, nur die Gebühren für die Gespräche erlassen lassen, für die er selbst Einzelschaltungen entrichtet, a. H. für Ortsgespräche a. St. 20 Pf., bei Grundgebührenanschlüssen; eine Vergütung, sei es als Entschädigung für die Benutzung, sei es als einen Anteil an der Anschlagsgebühr oder in anderer Form, darf er nicht erheben.

In der unzulässigen Erhebung von Gebühren wird eine mißbräuchliche Benutzung des Fern-

sprechers erblickt, die u. U. für den Teilnehmer die Aufhebung des Anschlusses ohne Kündigung zur Folge haben kann.

Leipzig, den 7. Februar 1921.

Ober-Postdirektion. J. B. Stenz.

Marxantstädt. Stadtgemeinderats-Sitzung am Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer, Weißbachweg 1, 1. St.

Die Ausgabe der neuen Zuckerkarten erfolgt Freitag, den 11. Februar, in den bekannten Ausgabestellen gegen Vorlegung der Ausweisarten

in der Zeit von 8-1/2 Uhr vorm. und 1/2-3-1/2 Uhr nachmittags.

Marxantstädt, 10. Febr. Der Stadtrat.

Laucha. Ausgabe von 14 Pfund Kartoffeln für den Kopf und 14 Tage im Lagerhaule Freitag, vorm. 8-1/2 Uhr. Preis 30 Pf. für das Pfund. Der Stadtrat.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis 1/2 Uhr.

U.S.P.O. Gross-Leipzig

Gohlis. Mitglieder-Versammlung im Brauereiauswärt Midau, Eisbehrstraße 17. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Grundfragen der sozialistischen Weltanschauung. Referent Redakteur Genosse Ernst Franzel. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Ein vollständiges Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwartet. Der Vorstand.

Sindenthal. Freitag, abends 1/8 Uhr. Mitglieder-Versammlung in der Erholung, Böhm. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossen Grün, Leipzig, über: Entente und Arbeiterschaft. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. (*) Der Vorstand.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Turner: Bundeschule. Der Bezirkskursus in Marxantstädt beginnt Sonnabend, den 12. Februar, nachm. Punkt 4 Uhr, in Marxantstädt, Turnhalle. — Der Bezirkskursus in Gohlis (Gerätekursus) für Gruppenleiter beginnt Donnerstag 17. Februar, abends 6 Uhr, in der Bundesturnhalle, Leipzig, Friedrichstraße 36.

Turnverein Eiche. Freitag, den 11. Februar, findet anschließend an das Turnen im Volkshaus unsere **Hauptversammlung** statt. — Zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, erwartet D. V.

Wettkampfgemeinschaft. Sonntag den 13. Februar, nachm. 2 Uhr, im Schloß Lindenfels, Lindenau, nochmals **Gemeinschaftliche Gruppen-Versammlung.** Anschließend: Kontinuierliche Versammlungen der neuen West- und Ost-Gruppen. — Sämtliche Vereine und Gruppenmitglieder müssen der Wichtigkeit halber erscheinen. Die Gruppenleitung.

Großhändler. Fußball-Abteilung. Sonntag, abends, den 12. Februar, abends 8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung.** Erscheinen aller ist notwendig. D. V.

Schlacke. Arbeiter-Turnverein. Sonntag, 13. Febr., **Appendball und Kostümfest.**

Arbeiter-Athleten-Bund

Athleten. Sonntag, den 13. Februar, früh 9 Uhr, **Bezirksversammlung** im Trompeter. Großhändler. Die wöchentliche Tagesordnung macht es notwendig, daß alle Sportkollegen erscheinen. — Die Vereine, welche ihre Teilnehmer am Kampfrichter-Kursus noch nicht gemeldet haben, wollen dies nunmehr sofort beim Kollegen Honneburger, L. Reudnitz, Rathausstraße 14, nachholen.

Arbeiter-Wanderer

Naturfreunde. Wanderungen am Sonntag, 13. Februar, früh 8 Uhr, Döllitz-Gröbern-Maschhorn. Treffen früh 8 Uhr, Endst. 12 in Döllitz. Führer: Benmann, Wurzen-Wildschütz Steinbrüche, Abfahrt früh 4.40 Uhr, Führer: Kern. Montag, 14. Febr., Zeitungslesung im Volkshaus, Zimmer 8. — Bezirksveranstaltungen: Zentrum: Mittwoch, 16. Februar, Wilhelm-Bach-Abend im Veritasaal, Brautstraße 17. — Weiten: Donnerstag, 10. Februar, Saanenabend von Genossen Kurt Bierling im Jugendheim, Kleinhöcker, Gieselerstr. 85. — Döten: Donnerstag, 10. Februar, Rezitationsabend im Vereinslokal, Reif, Kohlgraben, Reudn., Waldmannstr. — Modau-Schönefeld: Mittwoch, 16. Februar, Vortrag im Vereinslokal, Restaur. Saxonica, Modau, Modauer Str. Ecke Bertastr. — Marxantstädt: Donnerstag, 10. Februar, Pieder- und Musikabend in der Guten Quelle. Sonntag, 13. Februar, Besichtigung des Leinitzer Seemannsmuseums. — Eilenburg: 13. Februar, Hohburger Berge. Abmarch 7 Uhr von der Torgauer Brücke. Donnerstag, 17. Februar, abends 1/8 Uhr, Vortrag des Gen. Lehmann über: Bürgerl. u. sozialistische Weltanschauung.

Arbeiter-Schwimm-Verein

Arbeiter-Schwimmverein Telesia, e. V. Im Stadtbad, Eutricher Str. und im Carolabad beginnen unsere Übungsstunden abends 1/8 Uhr. Anmeldungen von schwimmkundigen Damen u. Herren dorthelbst. — Sonnabend, 12. Februar, Schwimmwettbewerb im Zoologischen Garten, 7 Uhr. Sämtliche Schwimmwarte pünktlich erscheinen. — Am Sonntag, 13. Febr., nachmittags 1/3 Uhr, im Dianabad, Lange Straße 8 **Das Schwimmfest im Zeichen des Faschings.** Das Fest vom Tollen. Programme 2.20 u. 1.10 Mk. bei den Mitgliedern u. an der Kasse. Abends 1/7 Uhr die tolle Preisverteilung im Zoologischen Garten, Terrassenlokal.

Radsfahrer-Bund Solidarität

Reigenfahrer! Sonntag, den 13. Februar, vorm. 9 Uhr, Bezirks-Fahrtunde, Gohlis, Sächlerstraße. — Erscheinen aller Fahrwarte sowie Erzieher notwendig.

Schach-Verein

Donnerstag, den 10. Februar
Abt. Zentrum: Marienhof, Hohe Str., 11. Spielabend
Abt. Südosten: Kauls, Stöckerstr., Rud.-Dermann-Str., Theoretischer Unterricht
Abt. Norden: Schillerstraße, Gohlis, Meudestraße, 7. Uhr, Abt. Wettkampf gegen Nordosten.
Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr
Freier Schachwettbewerb im Schillerstraße, Gohlis.
Dienstag, den 15. Februar
Abt. Weiten: Lindenfels, Plagwitz, Karl-Deine-Str., Preiswettbewerb gegen Chemnitz
Abt. Nordosten: Saxonica, Modau, Bertastr., Theoret. Unterricht über Zweifelparierpiel.
Mittwoch, den 16. Februar
Abt. Döten: Harmonie, Reudnitz, Rathausstr., Wagem. Spielabend, Theoret. Unterricht.
Schach-Verein Döllitz-Saucha. Spielabend: Sonntag, abends von 7 Uhr im Rest. zur Börse, Döllitz, Hauptstraße, Ecke Dittstraße. Gäste willkommen.

Gasthof Neustadt Großer Eliteball

Streich- und Blasmusik — frischer Bockbieranstich

Täglich Gastspiel der

Dresdner Elite-Sänger

im Varieté Gute Quelle Brühl 42

Täglich 1/5-7 Uhr: Heiterer Nachmittag
Abends 7 1/2 Uhr: Das große Programm

Kelag erhöhten Preise. Kartenverkauf an der Kasse ab 12 Uhr mittags.

Licht-U. T. Spiele

Ab morgen

Uraufführung des gewaltigen Filmwerkes „Der Dummkopf“

Prof. nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von Ludwig Fulda. 8 Akte

Hauptrolle: Paul Heidemann

Im Herzen der Stadt

Ortsverein L.-Ost.

(U. S. P. D.)

Um unseren Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die wichtigsten politischen Tagesfragen im kleineren Kreise zu besprechen, finden

4 Bezirks-Versammlungen

Ratt und zwar für die Ortsteile:

Anger und Reudnitz

Freitag, den 11. Februar, abends 1/8 Uhr, in den Drei Möhren (Klein. Saal), Anger, Breite Str. Referent: Genosse Emil Schönfeld.

Volkmarisdorf

Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 Uhr, in Kaulers Festsaal (Klein. Saal), Volkmarisdorf, Eilabeststr. Ref.: Gen. Karl Dornburg.

Neustadt und Neuschönefeld

Freitag, den 11. Februar, abends 1/8 Uhr, im Sophienhöfchen, Neuschönefeld, Konradstraße 20. Referent: Genosse Karl Dornburg.

Sellerhausen

Donnerstag, den 17. Februar, abends 1/8 Uhr, in der Guldernen Aue, Sellerhausen, Dorfstraße. Referent: Genosse Hermann Liebmann.

Thema in allen 4 Versammlungen: Was wir wollen. Ein allezeitiges und pünktliches Erscheinen unserer Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Ich habe Ede Landsberger u. Clausenstraße ein

Kohlenhandels-Geschäft

gegründet und es werden neue Kohlenarten zur Belieferung ab Lager oder ins Haus (auch durch Landbezug) jederzeit angenommen (Tel. 50 556) Bergwerksdirektor A. D. Heinrich Donath

Familien-Nachrichten

Am Dienstagabend entließ nach nur kurzem Krankenlager infolge Ohrenleidens meine liebe Frau, unsere gute unvergeßliche Mutter, Groß- u. Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Liberte Auguste Köppe geb. Hertrich

im 64. Lebensjahre.

L. Stöckerstr. den 10. Februar 1921
Lhonberger Str. 3, v. In tiefem Weh
Albert Köppe
im Namen sämtl. Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Trinitatisfriedhofes aus statt.

Grüne Schänke L.-Anger

Morgen Freitag, ab 7 Uhr

Lustiger Ball-Abend

verbunden mit Bockbierfest.

Reiterball L.-Dölitz, Straßenb.12

morgen Freitag

Restaurant Feldschlößchen Böhlich-Ehrenberg

Freitag, Sonnabend und Sonntag

Großes Bockbier-Fest

Bodwürstchen — Selbstgebackene Bannbraten. Es ladet freundlich ein Aug. Schirmer.

Das Haus der Qualen

Sensationsdrama in 6 Akten

Aus dem Inhalt:
Das geheimnisvolle Chinesenviertel in San Francisco. — Die Folterkammern im unterirdischen Gewölbe. — Die Befreiung aus dem Qualenhaus. — Die fürchterliche Rache der Chinesen. — Der Ausbruch der 25 Löwen aus dem Zirkus Barnes — Der Racheakt eines Wahnsinnigen usw.

Spannung, fabelhaftes Spiel, hervorragende Darsteller stampeln diesen Film als einen aussergewöhnlichen Schlager. Ein Sujet wie es noch nicht da war.

Ausserdem:

Nachtbetrieb

Tolles Lustspiel in 2 Akten
In der Hauptrolle Rudi Oehler

Versäumen Sie nicht, sich diesen fabelhaften Spielplan anzusehen!

Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Brennholz billiger!

Bartholz 1 Zentner 14.50
Kiefernholz 1 Zentner 12.00
LORENZ & SCHMIDT
Tel. 61 151
Wöllauer Straße 52
Reichenhainer Str. 88

Rochstraße 74
Friedr.-Wilhelm-Str. 10
Tel. 61 151

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, I. (Hotel Victoria), Zimmer 21. Telefon 3426.
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Mühlengasse 20, S. N., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Handelsarbeiter und Arbeiterinnen in den Groß- und Einzelhandelsbetrieben aller Branchen.

Montag, den 14. Februar, abends 7 Uhr. **Grosse Versammlung im Volkshaus.** Erster und einziger Tagesordnungspunkt: Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen. Der Ernst der Stunde und der wichtige Verhandlungsgegenstand erfordern das Erscheinen aller Mitglieder aus den oben genannten Branchen. Zutritt nur mit Mitgliedsbuch.
Die Fachgruppenleitung.

Arbeiter u. Arbeiterinnen im Lebensmittelgroßhandel.

Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 Uhr. **Wichtige Versammlung im Saale des Lehrervereinshauses.** Kramerstraße 46. Wir bitten um pünktliches Erscheinen.
Die Fachgruppenleitung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Volksmarsdorf, Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Funkkonferenz in der Katalanenburg, Katalanstraße 12.

Alle Genossen und Genossinnen von Döllitz, die sich zu den Grundrissen der USPD. befehlen, treffen sich Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, zu einer Besprechung im Goldenen Hirsch Der Einberufer.

Aus dem Stadtparlament.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit einer Eingabe des Gesamtbetriebsrats der städtischen Betriebe, in der die Forderungen für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in allen Arbeitsangelegenheiten gefordert wird. Stadtrat Dr. Böhm wußte eine Menge Gründe gegen das Verlangen des Betriebsrats anzuführen, wobei er sich auf das Betriebsrätegesetz — wie er es versteht — und auf den Unternehmerverband der sächsischen Gemeinden berief. Er wollte diese Eingabe an den Rat nicht zur Berücksichtigung, sondern nur zur Erwägung überweisen haben. Genosse Liebmann trat für die Forderungen des Betriebsrats ein, denn was bei der „Erwägung“ durch den Rat herauskommen würde, das hätte ja die Rede des Stadtrats geregelt. Die Eingabe wurde gegen 23 Stimmen dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen.

Auf Anregung der Unabhängigen war in einer der vorhergehenden Sitzungen die Vorlage über die Erhöhung der Gebühren für die Verkaufsstände in der Markthalle noch einmal an die Ausschüsse zurückverwiesen worden. Die Ausschüsse haben dann die in der Ratvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Gebührensätze um 100 Prozent derart abgeändert, daß die Mieten für die kleinen Stände um 50 Prozent, für die größeren um 75 bis 125 Prozent erhöht werden. Diese Anträge wurden angenommen.

In einer Eingabe forderten eine Anzahl freigelegelter Religionsgesellschaften, daß auch in ihrem Sinne Religionsunterricht in den Schulen erteilt werde. Die Ausschüsse beantragten, die Eingabe dem Rat zur Kenntnis zu überweisen. Dabei überraschte der Pfarrer Zeremias dadurch, daß er für die Forderungen der Eingabe eintrat.

Ein Dringlichkeitsantrag, den der Angestellte Enke begründete, wandte sich gegen die Bureaokratie der Straßenbahndirektion, die es so einzurichten versteht, daß den Arbeitern beim Bezug der Wochenkarten die größten Hindernisse bereitet werden. Diese Schwierigkeiten sind besonders verstärkt durch die Weigerung der Unternehmer, die Karten für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter auszugeben. Stadtbaurat Peters versicherte, daß alles getan werden solle, die mit der neuen Einrichtung verbundenen Schwierigkeiten zu überwinden. Dabei teilte er auch mit, die Zahl der ausgegebenen Wochenkarten betrage jetzt 25 000. Hoffentlich bleibt es nicht bloß bei den Versprechungen des Stadtrats.

Stellungnahme zur internationalen Konferenz in Wien.

Eine Mitgliederversammlung der USPD. Groß-Leipzig fand am Mittwoch, abends 1/8 Uhr, im Pantheon statt. Sie nahm Stellung zur Konferenz der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien, die am 22. Februar in Wien beginnt, und an der auch Vertreter der USPD. teilnehmen werden. Genosse K. Lipinski referierte. Er führte aus, daß schon der Leipziger Parteitag beschlossen habe, eine neue tatkraftige Internationale zu schaffen. Die Einberufung einer Konferenz sei aber von der Mehrheit des Zentralkomitees verschleppt worden, weil sie der 3. Internationale nicht vorgehen wollte. Nach der Parteispaltung seien dann in Bern die Vorbereitungen zu einer Konferenz getroffen worden, und diese werde nunmehr in Wien statt finden. Der Redner ging ausführlich auf die in Innsbruck im Januar aufgestellten Leitsätze über Methoden und Organisations des Klassenkampfes, über Imperialismus und soziale Revolution sowie auf das provisorische Statut der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien ein. (Die Leitsätze sind abgedruckt in den Nummern 15 und 16 vom 19. und 20. Januar 1921 der Leipziger Volkszeitung.) Der Referent wies nach, wie sie sich abheben von dem Nebel kommunistischer Ideologie. An Stelle der Diktiermaschine trete die lebhafteste persönliche Mitarbeit aller Parteigenossen. Man müsse jederzeit die Taktik umstellen können, wenn der Gegner das Kampffeld wechselt. Die Diktatur über das Proletariat, sowie auch das sozialpatriotische Empfinden wurden abgelehnt. Der sozialistische Kampf könne nur ein Klassenkampf sein. Die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien soll eine Zusammenfassung des bewußt revolutionären sozialistischen Proletariats aller Länder sein, der weder Illusionäre noch Sozialverleugner angehören dürfen. Deutschland werde mit acht Stimmen auf der Konferenz vertreten sein. Eine Wahl der Vertreter durch die Bezirke vorzunehmen, habe das Zentralkomitee abgelehnt und zwar wegen der Preußenwahlen. Die Konferenz nicht beschickt werde. Hier sei die Spaltung der Partei verurteilt worden, doch sie sei geblieben und gehöre der dritten Internationale an. Doch es bestehe die Hoffnung, daß sie sich der Arbeitergemeinschaft anschließen werde. In ihr sei das revolutionär-sozialistische Proletariat Westeuropas und Amerikas vertreten. Die Arbeitergemeinschaft werde zu der Frage der Auswirkung des Friedensvertrags Stellung nehmen, und hierzu werde auf der Konferenz ein englischer Genosse sprechen. Die Konferenz werde dann auch ein Manifest an die Arbeiter aller Länder erlassen, das noch rechtzeitig wirken werde, da ja die Konferenz in London mit Rücksicht auf den Regierungswechsel in Nordamerika erst Anfang März tagen könne. Hätte nicht das Zentralkomitee der USPD. ein Manifest erlassen, so wäre das eine taktische Unschicklichkeit gewesen. Redner ging dann noch auf die wirtschaftlichen Forderungen der Entente ein, die die Arbeiter aller Länder zum Kampfe gegen den Kapitalismus zwingen. Die Konferenz werde nach dieser Richtung das Proletariat aufrufen und nützliche Arbeit leisten.

Am den Vortrag, der mit Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine Debatte an, an der sich die Genossen Felschner und Raxhoni beteiligt. Genosse Felschner unterbreitete der Versammlung zwei Entschlüsse, die einstimmig angenommen wurden. Sie haben folgenden Wortlaut: „Die Genossen der USPD. Groß-Leipzig sind einverstanden mit den Grundrissen, die von den Berner und Innsbrucker Konferenzen zur Frage der internationalen Arbeitergemeinschaft formuliert worden sind. Die Genossen geben der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die internationale Arbeitergemeinschaft ihre volle Selbständigkeit gegenüber sowohl der 3. als auch der 2. Internationale wahrt und daß alles versucht wird, die Arbeitergemeinschaft zu einer leistungsfähigen Internationale des gesamten sozialistischen Proletariats auszubauen.“

Die Mitgliederversammlung der USPD. Groß-Leipzig spricht die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, damit die Delegierten zu solchen wichtigen Zusammenkünften von den Parteimitgliedern gewählt werden können.“

Der Leiter der Versammlung, Genosse Scheib, teilte unter Parteiangelegenheiten mit, daß im März in Leipzig in den Bezirken Gedächtnisfeiern zu Ehren der im Vorjahre gefallenen Revolutionskämpfer stattfinden würden. Weiter würde das Arbeiterbildungsinstitut am 18. März eine Revolutionsfeier veranstalten. Sodann wurden die Auswüchse auf dem Gebiete des Sports erwähnt. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Wenn sich zwei Freunde streiten.

Für Mittwoch hatte die KPD. nach den drei Wochen die Arbeiter und Arbeiterinnen zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, um diesen zu sagen, daß nicht sie, sondern die „Gewerkschaftsbundgenossen“ die Gewerkschaften zerstören, weil sie angeblich verhindern wollen, daß die Gewerkschaften aus Unterführungsvereinen revolutionäre Kampfsorganisationen werden. Der Referent Heule gab sich die erdentlichste Mühe, der Versammlung zu beweisen, daß die KPD. die wahrhaft revolutionäre Partei ist. Immer wieder betonte er, „wir müssen vor allem im Betrieb, überhaupt überall, wo wir sie fassen, die Bourgeoisie niederkämpfen. Mit der Diktatur, mit Terror, mit dem Bürgerkrieg müssen wir den Kampf führen.“ Trotz dieser Bemühungen zu überzeugen, traten nicht weniger als drei Unionisten gegen die KPD. auf und rangen um die Seelen der Versammlung. Es war ein Schauspiel für Götter, diesem gegenseitigen Kampf der beiden Organisationserspitterer beizuwohnen. Die Redefreiheit dieser KPD. Unionisten die am besten beim Auftreten des Unionisten Dreßel, der durch Gegenüberstellung von Tathaten der KPD. sagte, daß sie nur Partei, aber keine Arbeiterpolitik treibt und nur den alten Apparat stützen will, um diesen von sich aus weiterzuführen. „Ihr wollt die Bonzen fürzen, um selbst Bonzen werden zu können.“ Dazu hätte der Offene Brief dienen sollen. Das Geschrei über den Hinauswurf der KPD. Genossen aus den Gewerkschaften wäre heuchelhaft, denn sie machten dasselbe durch Hinauswurf der Unionisten aus ihren Organisationen. So viel Redefreiheit verlangen aber die KPD.-Männer nicht. Ein Toben und Heulen setzte ein und zwang den Redner abzutreten. Da man sich gegenseitig die Wahrheit sagte, bekam man ein herrliches Bild von dem Geiste, der die alle Welt befreienden Arbeiterorganisationen beherrscht. Die lieben Brüder sind vereint in der roten Gewerkschaftsinternationale! Sie sind auf dem richtigen Wege, die Arbeiterklasse noch weiter zu schwächen.

Eine bürgerliche Professionsaktion.

Die bürgerliche Presse meldet: Protektionsgebung auf dem Augustusplatz. Am nächsten Sonntag, vormittags 1/2 Uhr, wird auf dem Augustusplatz eine große Kundgebung gegen die Pariser Forderungen stattfinden. Die politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialisten beider Richtungen haben sich, wie wir hören, geeinigt, sich der von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur angeregten Kundgebung anzuschließen und sie nach Kräften zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat sich eine Arbeitsgemeinschaft politischer

Parteien gebildet. Das Nähere wird noch bekanntgegeben werden.

Außerdem verbreitet die Liga zum Schutze der deutschen Kultur ein Flugblatt, in dem sich die Liga den Arbeitern, Bauern, Angestellten und Beamten anbietet, die Wege zu weisen gegen die Verfassung durch die Entente. Die Liga sagt aber die Wege nicht, sie fordert nur auf: Kommt zu uns!

Die bürgerlichen Parteien sind samt der Liga am wenigsten berufen, sich über die Verfassung zu enträsten, denn sie sind doch die Schuldigen an dem ruhmlosen Kriege und an den verhängnisvollen Folgen des Krieges. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten wären schlecht beraten, wenn sie den Leuten folgen würden, die ihnen als Kapitalisten und Unternehmer die Lebensmittel verteuern, deren Ausbeutung keine Schranken kennt, die es den Arbeitern überlassen, Steuern zu bezahlen, während sie ihre patriotische Pflicht durch Steuerdrückbergerei erfüllen. Eine Protestaktion gegen die Verfassung, in Szene gesetzt von den Sklavenhändlern, das ist der Sinn der Veranstaltung!

Brikettsabgabe an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Die weitere kostenlose Abgabe von 2 Zentnern Briketts an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene erfolgt am Montag, dem 15. Februar 1921, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, und zwar nur an solche Inhaber von roten, braunen und grünen Karten, deren Bezugsarten bei der ersten Verteilung nicht bestellert worden sind. Außerdem werden am gleichen Tage auf die blauen Bezugsarten der Anfangsbuchstaben A—G, soweit diese ebenfalls bei der ersten Verteilung nicht mit bestellt worden sind, 2 Zentner Briketts abgegeben. Ferner werden am Dienstag, dem 16. Februar 1921, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, je 2 Zentner Briketts an Inhaber von blauen Karten mit den Anfangsbuchstaben H, J, K, L kostenlos abgegeben. Die Abgabe geschieht in allen Fällen nur gegen Vorlegung der Bezugsarte des Ochsantes für Kriegserfürsorge. Die Ausgabestellen für die beiden Tage befinden sich:

- 1. für die in Connemitz, Döllitz, Köhlig und im Südviertel Wohnenden auf dem Bahnhöfen Bahnhof, Anschlußplatz der Firma Hermann Mah u. Co., Köhlig Straße 13 A, 2. für die in Keutstätt, Neuschönefeld, Volksmarsdorf, Reudnitz, Sellaerhausen und Stütz Wohnenden auf dem Dresdner Bahnhof bei der Firma Venuo Grimm, Tauchaer Straße, 3. für die Leipzig, Neureudnitz und Anger Wohnenden auf dem Eilenburger Bahnhof, Anschlußplatz der Firma Hermann Mah u. Co., Leipzig-Reudnitz, Köhligstraße 16, 4. für die in Schönefeld und Rodau Wohnenden auf dem Dresdner Bahnhof bei der Firma Georg Fuchsloch, Leipzig-Schönefeld, Wögnersstraße 14, 5. für die in Stötteritz, Thonberg und Probstheida Wohnenden auf dem Stötteritzer Bahnhof, Entlastungsplatz an der Zufuhrstraße, 6. für die in Mödern, Gohlis und Entschladen Wohnenden auf dem Magdeburger Thürlinger Freilade-Bahnhof bei der Firma Georg Werner, Leipzig, am Schauffhaus, Gleis 21, Platz 58, 7. für die in Plagwitz, Lindenau, Schleißig und Kleinschöcher Wohnenden auf der Laßkalle Plagwitz-Lindenau, Anschlußplatz der Firma Hermann Mah u. Co., Elisabeth-Allee, Ecke Jahnsstraße. Sade sind mitzubringen. Die Briketts müssen an dem Tage abgeholt werden, andernfalls würde die zur Ausgabe kommende Menge verfallen. Die Belieferung der übrigen Karten wird später erfolgen.

Wohnungsnot und Kaserne.

Nachdem das deutsche Heer auf 100 000 Mann herabgesetzt worden ist, sollte man doch meinen, daß in einer Großstadt wie Leipzig, wo Tausende von Familien auf Wohnung warten, endlich auch Kasernen zu Wohnungszwecken freigegeben werden können, wie das schon an anderen Orten geschehen ist. Aber weit gefehlt. Die in der 107er Kaserne Wohnenden haben jetzt folgenden Schreiben erhalten: „Sie werden nunmehr nochmals ernstlich ermahnt, sich nun allen Ernstes um eine Wohnung beim Wohnungsamt zu bemühen, da Ihre jetzige Wohnung von verheirateten Unteroffizieren der Reichswehr bewohnt werden soll. Andernfalls wird gegen Sie Räumungsbefehl erlassen.“ Das Reichsoberverwaltungsamt, das diesen Unas losgelassen hat, nachdem drei vorhergehende Aufforderungen selbstverständlich ohne Erfolg waren, möchten wir vielmehr „ernstlich ermahnen“, die Kasernen nun endlich „allen Ernstes“ Kulturzwecken dienlich zu machen, statt sie weiter dem Militarismus zur Verfügung zu stellen. — Es bliebe übrigens dem Standaß die Krone aufsetzen, wenn das Mieteinigungsamt, das dem Rat verbietet, die Wohnschulen gegen den Willen der Inhaber freizumachen, die Räumung der Kasernen anordnen würde! Freigabe der Schule für Schulzwecke und der Kasernen für Wohnzwecke — das eine solche Forderung überhaupt noch aufgestellt werden muß, kennzeichnet den Kulturzustand des neuen Deutschland.

Der Schutz des Kleingärtners durch die Kleingartenordnung vom 31. Juli 1919 ist lediglich an die Bedingung geknüpft, daß die Nutzung eine nichtgewerbemäßige ist. Es war verlangt worden, von diesem Schutze Grundstücke, die mitten in der bebauten Stadtlage, rings von Hausgrundstücken umgeben, liegen, auszuschließen. Der Minister für Volkswohlfahrt erklärt aber dagegen, es wäre nicht möglich, diese Hausgärten von den Kleingärten der Verbordnung zu unterscheiden. Geschützt werde aber nicht jeder kleine und kleine Hausgarten, sondern je nach dem Falle z. B. ein Erholungs-

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

78]

Er befragte Jimmie nach seinem Leben, um zu erfahren, woher dieser Panatismus komme. Jimmie berichtete von Hunger und Vernachlässigung, von Überarbeitung und Arbeitslosigkeit, Streifen, Gefängnis und vielartiger Unterdrückung. Der andre lautete kopfnickend. Ja, derartig genügt, um einen Menschen zum äußersten zu treiben. Dann dachte er weiter: „Ich möchte wissen, welchem von uns beiden das Leben hier mitgespielt hat?“ Jimmie vermochte diese Bemerkung nicht zu begreifen. Lacey behauptete doch alles, nicht wahr? Lacey entgegnete: „Ich habe zuviel gehabt, Sie zu wenig, was ist für einen Menschen schädlicher?“

Um seine Worte zu erklären, erzählte er Jimmie von seinem Leben. Er schilderte den großen Haushalt, den der mit Geschäften überhäufte Vater ganz der Dienerschaft überließ. „Meine Mutter war eine dumme Frau“ — sagte Lacey — „ich weiß, wie schlecht dies von meinen Rippen klingt, doch habe ich es immer gewußt. Vielleicht war der alte Herr zu beschäftigt, um sich eine vernünftige Frau zu suchen, vielleicht glaubte er, es gäbe überhaupt keine. Meiner Mutter ganzes Streben ging darauf hinaus, mehr Geld auszugeben, als die andern Frauen der Stadt — dies war ihre „Position“, und wir Kinder gehörten dazu, mußten mehr Geld besitzen, mehr Dienern befehlen, als die Kinder anderer Leute. Ich habe über all dies nachgedacht, es hat mir ja im letzten Jahr nicht an Zeit zum Nachdenken gefehlt. Ich kann mich keiner Zeit entsinnen, da ich nicht meiner Sonne ins Gesicht schlug, wenn sie mir ein Spielzeug fortnehmen wollte. Niemals brauchte ich zweimal um etwas zu bitten, erhielt ich es nicht sofort, so bekam ich einen Wutanfall, und dann bekam ich, was ich wollte. Ich fing zu rauchen und zu trinken an — dann kamen die Frauen, und die Frauen haben mich zugrunde gerichtet, wie Sie ja selbst wissen.“

Er schwieg, Jimmie nicht teilnahmsvoll, der acht Choristinnen gedenkend, deren Gesichte der wilde Bill in der Orchestergruppe vorgelesen hatte.

„Es ist teuflisch für einen jungen Burschen, viel Geld zu haben und von den Frauen ausgehöhlt zu werden“ — fuhr Lacey fort. — „Schließlich hat man doch menschliche Gefühle, verlangt danach, an eine Frau zu glauben, und sie sind alle vollkommen fast berechnend, wenigstens jene Frauen, mit denen ein reicher Bursche zusammenkommt. Ich meine nicht bloß die Abenteuerinnen, auch die Mädchen aus der Gesellschaft, die Art, die man heiratet. Ihre verdammten alten habgierigen Mütter schieben sie vor, geben das ganze Geld aus Kleider aus, wissen oft nicht, wie sie die Rechnungen der Saison bezahlen sollen. Die Mädchen wollen einen einfangen, sind von dem Gedanken wie besessen, es liegt ihnen nichts an ihrem guten Ruf, sie sind zu allem bereit. Man fährt sie im Automobil spazieren, dann wollen sie anhalten und Blumen pflücken, ziehen einen in den Wald und plötzlich hält man ihre Hände in den seinen, es kommt zu Küßen — und noch mehr. Dann verlangen sie natürlich geheiratet zu werden, will man nicht, so gibt es Weintränke, sie drohen, sich zu erschleien. Selbstverständlich erschleien sie sich nicht, lassen einen wieder, entziehen einem die diamantene Kravattennadel und vergessen, sie zurückzugeben.“

Der junge Lord von Leesville verstummte. Distere Erinnerungen übermannen ihn; Jimmie betrachtete ihn verstohlen und sah auf seinen Füßen einen müden alten Ausdruck. „Ich habe nie mit jemandem von jener Nacht gesprochen“ — begann Lacey von neuem. — „Werde es auch nie tun, eines jedoch will ich sagen, die einzige echte Liebe meines Lebens war eine verheiratete Frau, weil sie das einzige weibliche Wesen war, das es nicht darauf angesehen hatte, mich zu heiraten.“

Als dies war natürlich viel zu kompliziert für Jimmie Higgins; eines jedoch war ihm klar: der Erde des Granit-Bermögens war tatsächlich ein armer, unglücklicher Bursche gewesen. Und dies trat Jimmie wie eine Offenbarung; er hatte angenommen, die Reichen seien die Glücklichen der Erde. Er hatte sie gehaßt,

weil sie sorglos lebten, gleich den Lotusessern, von denen der Dichter schreibt:

... sie leben hingekreckt auf Hügel, Göttern gleich, des Menschen Los nicht achtend, Reiter zur Seite. Blühe jucken nieder auf stille Dörfer tief, tief unter ihnen. Welliger Wolkenhaum umkränzt ihre goldenen Heime, die schimmernd West umgürtet. Dort leben sie verborgen, sehr hinab auf id verwülfte Land, Pest, Hungersnot, der Erde Beben, brüllende Wogen, brennender heißer Sand. Stirrende Schlacht, lodernde Städte, Schiffe, die versinken, und betend hochgehobne Hände.

Sie aber lächeln. Müßig denkt sie der weiche Klagenot, der arbeitslos; des Jammers und des Unrechts urakt Lieb sind ihnen Mären, ohne Sinn, obgleich die Worte wuchtig, die eine tiefgedrückte, erdbebende Menschenmasse singt, die unten Samen säet, mit harter Mühe erntet; und jährlich einbringt armselig Teil von Weizen, Wein und Del.“

Jetzt jedoch hatte Jimmie den sozialen Abgrund überbrückt, die Reifheit des Problems von Armut und Reichtum gesehen. Nach dieser Offenbarung würde er milder im Urteil über seine Mitmenschen sein, da er begriff, wie das System, das auch sie gefangen hält, wahres Glück unmöglich macht — sowohl für die, welche zu viel, als auch für jene, welche zu wenig besitzen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Zum Tode Karl Hauptmanns.

Karl Hauptmann ist am 3. Februar auf seiner Besitzung in Schreiberhau gestorben. Es war das Leben eines sehr arzten, feinsinnigen Dichters, das an diesem Tage endete, der eben wegen seiner übergroßen Zartheit nicht ganz in unsere Zeit paßt, und deshalb wenig äußere Erfolge zu verzeichnen hat. Ein Karer Zug

besetzt ist, er aber dann um so besser getötet werden kann. Deshalb können wir das engstirnige Gekläff der Kommunisten über diesen Beschluß lächelnd übergehen. Sie wollen diese Gistähne noch giftiger machen, ohne sich klar zu sein, was daraus entsteht. Allerdings sind die Tatsachen stärker und sie können, soweit sie sich in Parlamenten befinden, keine andere Politik betreiben als wir, wenn sie auch aus Parteinteresse noch einige Seitenhänge machen müssen. — Der Schule wird zu Schulzwecken das gewünschte Grundstück in dem möglichen Umfang zur Verfügung gestellt. — Ferner wird die Auszahlung der Hälfte des Druckschlags zwischen Klasse E und C an die Beamten bewilligt.

Bezirksverband Grimma.

Das Wirtschaftsministerium hat für die Woche vom 14. bis 20. Februar eine Butterperwoche angeordnet. Die dadurch ersparte Butter muß an die Großstädte und größeren Industriegemeinden abgeliefert werden.

Sächsischen Angelegenheiten.

Behörde oder politische Körperschaft?

Ein interessanter Beleidigungsprozeß fand vor dem sächsischen Oberlandesgericht seinen Abschluß. Der Schlossermeister Regel in Klingenberg hatte aus Verger darüber, daß er bei der Vergebung von Anlagearbeiten anläßlich des Anschlusses der Gemeinde Klingenberg an das Elektrizitätswerk in Deuben als einziger Fachmann in der Gemeinde übergegangen worden war und die Arbeiten einem Richtschmann, dem Bruder eines Gemeinderatsmitglieds, übertragen worden waren, für den 20. September 1919 eine Einwohnerversammlung einberufen, in der er die Sache zur Sprache gebracht und gegen den Gemeinderat den Vorwurf einer ungemessenen Verschwendung von Gemeindegeldern erhoben hat. Weiter hat er behauptet, es habe im Gemeinderat eine Betternwerkstatt geherrscht. Als am 27. Dezember 1919 eine von der Unabhängigen Sozialdemokratie einberufene Protestversammlung stattfand, brachte er die Angelegenheit erneut vor. Als ihm ein Gemeinderatsmitglied entgegentrat, rief ihm Regel zu: Du läßt, wie alle im Gemeinderat! Der Gemeinderat hat am 8. Januar 1920 Strafantrag gestellt, worauf der Staatsanwalt die Strafverfolgung übernahm. Das Schöffengericht hat den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung im zweiten Falle zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Ein Strafantrag sei nicht nötig, weil der Gemeinderat eine politische Körperschaft sei. Von der Anklage im ersten Falle erfolgte auf Grund des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) Freisprechung. Die Berufungsinstanz vertrat den Standpunkt, daß der Gemeinderat eine Behörde ist, und deshalb auch ein Strafantrag notwendig sei. Ein solcher liege aber vor. Der Gemeinderat habe beschlossen, Strafantrag zu stellen, und dieser Beschluß sei vom Gemeindevorstand an die Amtshauptmannschaft Freiberg weitergeleitet worden, die nicht selbst Strafantrag stellt, sondern den Beschluß nur an die Staatsanwaltschaft abgeben habe. Im ersten Falle sei dies verneint worden, dagegen im zweiten Falle noch rechtzeitig. Die Revision des Angeklagten machte geltend, der Gemeinderat habe zwar beschlossen, Strafantrag zu stellen, tatsächlich aber einen solchen nicht gestellt, vielmehr die Stellung eines solchen der Amtshauptmannschaft überlassen. Diese habe sich wieder auf den Gemeinderatsbeschluß berufen, anstatt selbst Strafantrag zu stellen. Deshalb hätte das Verfahren in vollem Umfang eingestellt werden müssen. Das Oberlandesgericht Dresden hat das Rechtsmittel verworfen. Strafantrag sei vom Gemeinderat gestellt, der einstimmig seinen Willen dahin bekundet habe, daß der Angeklagte strafrechtlich verfolgt werde. Sobald der Wille einer Behörde zum Ausdruck komme, sei der Strafantrag gestellt. Der Gemeindevorstand habe im Auftrage des Gemeinderats gehandelt.

Gewerkschaftsbewegung.

An alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes!

Werde Kollegen und Kolleginnen!

Defter haben wir an euch die erste Mahnung gerichtet: Wahrheit die Einheit und Geschlossenheit der Organisation! In gleicher Weise hat der erweiterte Beirat unseres Verbandes wiederholt an euch appelliert, getragen von der Erkenntnis, daß nur eine geschlossene, einheitliche Kampffront die Arbeiterklasse in Stand setzt, die gegenwärtige schwere Zeit überwinden zu können. Die gegnerischen Organisationen (Christliche, Kirch-Dundersche, Unionisten, Gelbe u. a.) rammten bisher vergeblich gegen unsere Organisation an. Und ebensowenig vermochte das organisierte Unternehmertum, die Wirtschaftskrise zum planvollen Vorkauf gegen die Arbeiterklasse zu benutzen, den kraftvollen Widerstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu brechen. Alle Versuche unserer Feinde, die geschlossene Phalanx unserer Organisation zu sprengen scheiterten. Doch was unfern Gegnern bisher nicht gelang, droht nunmehr aus dem eigenen Lager!

Unter der irreführenden Maske „der Geschlossenheit und Einheitlichkeit der Organisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ beruft die „Fraktion der kommunistischen Metallarbeiter Berlins“ zu Ende Februar d. J. eine

„Metallarbeiter-Reichskonferenz“.

Als vorläufige Tagesordnung schlägt man vor: „Ausprache über Mittel zur Wahrung der Einheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“. Glauben die Einberufer wirklich, mit dieser „harmlos“ klingenden Tagesordnung Kollegen im Lande täuschen zu können? Das soll und wird ihnen nicht gelingen.

Voraus sei die Einberufung in Wirklichkeit antonim, läßt ja bereits der fulminante Aufruf zu dieser Reichskonferenz unschwer erkennen. Der Aufruf spricht von der burgfriedlichen Gewerkschaftszentrale, von Burgfriedens- und Arbeitsgemeinschaftspolitikern, Unterdrückung der Meinungsfreiheit, brutalem Hinanwurf der gewählten Vertrauensmänner der Mitgliedschaften aus ihren Ämtern, Unterbindung der Versammlungen, und behauptet

Vorstand und Beirat wollen die Organisation spalten und leisten der Bourgeoisie Bülledienste zur Schwächung unserer Kampfkraft.

So reißt man eine Verleumdung an die andre, so häuft man die Beschimpfungen gegen Vorstand und Beirat wider besseres Wissen!

Die Verfasser des Aufrufes wissen, daß Vorstand und Beirat Burgfrieden und Arbeitsgemeinschaften ablehnen und für sie wie für die Gesamtorganisation die Beschlüsse unseres letzten Verbandstages maßgebend sind.

Die kommunistische Fraktionsleitung der Metallarbeiter Berlins — hinter ihr verbirgt sich „schamhaft“ die Reichsleitung der gleichen Fraktion! — weiß, daß in unserer Organisation die Meinungsfreiheit jedem Verbandsmittglied gesichert ist. Sie wissen ebenso, daß Vorstand und Beirat als das höchste Gut der Metallarbeiter die Einheit ihrer Organisation betrachten und lediglich aus dem Grunde die Beschlüsse des erweiterten Beirats gefaßt werden mußten, um die Organisation nicht durch das von Moskau diktierte Treiben zu einem Trümmerhaufen werden zu lassen.

Die Einberufer der „Reichskonferenz“ wissen ferner, daß niemand im Vorstand und erweiterten Beirat daran denkt, auch nur ein Mitglied aus unserm Verband auszuschließen, weil er Mitglied der kommunistischen Partei oder Anhänger einer bestimmten Weltanschauung wäre. Das ist in den Beratungen der letzten erweiterten Beiratsitzung von allen Seiten und mit der notwendigen Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Die Organisation kann je-

doch einem Planmäßigen, die Gewerkschaft zerstörenden Treiben nicht ruhig zusehen. Und lebhaft gegen diejenigen, die diese die Interessen des Verbandes aufs schwerste schädigende Zerkleinerungsarbeit betreiben, richten sich die vom erweiterten Beirat gefaßten Beschlüsse.

Sollen wir uns gegen die verlogene Behauptung des Aufrufes wenden: „Unser Gewerkschaftsvorstand weigert sich, den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen?“ Nein! Solche Unwahrheiten richten sich vor selbst. Ueber die Haltung und Beschlüsse des Vorstandes und erweiterten Beirats informieren euch die in Nr. 5 und 6 der Metallarbeiter-Zeitung wiedergegebenen Verhandlungen der letzten erweiterten Beiratsitzung und es ist festzuhalten, daß selbst kommunistische Mitglieder des erweiterten Beirats für die dort gefaßten Beschlüsse stimmten oder aber es ablehnten, dagegen zu votieren und sich deshalb der Abstimmung enthielten.

Offen brachte u. a. ein kommunistisches Mitglied des erweiterten Beirats zum Ausdruck, daß auch er das vom Vorstand gefaßte und die Gewerkschaften zerstörende Treiben aufs schärfste verurteilt und nicht mitmachen könne.

Wenn dies Urteil selbst von einseitigen Mitgliedern der A.D. abgegeben werden mußte, da bedeutet es wirklich mehr als offenes Hohn, wenn die Einberufer zur Reichskonferenz auf-fordern, „neben Kommunisten auch U.S.D.- oder S.D.-Kollegen zu entsenden“. Glaubt man wirklich, mit diesem durchsichtigen Manöver den Verbandskollegen im Reich weismachen zu können, daß auch andre als kommunistische Drahtzieher hinter der „Reichskonferenz“ stecken? Für so dumm sollte man unsere Kollegen nicht halten.

Was man beabsichtigt ist klar: Zunächst versucht man Mitglieder unserer Organisation in der gekennzeichneten Weise auf-zuputschen und sie zur Besichtigung dieser „Reichskonferenz“ zu veranlassen. Ist dann die Organisation gezwungen, gegen die das Statut größtenteils verlegenden und die Interessen des Verbandes aufs schwerste schädigenden Personen vorzugehen, dann hofft man jenen Teil der Verbandskollegen, die sich durch die Manöver der Konferenzeinberufer u. a. täuschen ließen und die gegen die Beschlüsse des Verbandstages verstoßen und diese statutarisch unzulässige „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ beschließen, zur „Solidarität“ mit den Drahtziehern dieser Reichskonferenz aufrufen zu können.

So soll planmäßig der Keil in unsere Organisation hinein-getrieben werden, so hofft man, einen Teil von Verbandsmittgliedern dorthin treiben zu können, wohin man sie haben will, und das bedeutet die Zerkleinerung unserer in jahrzehntelanger Arbeit und Kämpfen aufgebauten Organisation.

Indem wir unsere Verbandskollegen im Reich auf diese Pläne und Methoden aufmerksam machen, fordern wir sie gleichzeitig auf, jede Aufforderung zur Besichtigung dieser „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ strikte abzulehnen. Allen Mitgliedern unseres Verbandes ist Gelegenheit gegeben, im Rahmen ihrer Organisation sachlich Stellung zu nehmen zu allen, das Verbandswesen berührenden Fragen. Und diesem unüberwältiglichen Recht aller Mitglieder steht die Pflicht der Organisationsleitung als aller Funktionen gegenüber, innerhalb der Organisation und an den durch das Verbandsstatut vorgeschriebenen Stellen (die höchste und letzte Instanz ist die Verbands-Generalversammlung) Rechenschaft für ihre Handlungen abzulegen.

So nur konnte sich die Organisation zu ihrer heutigen Stärke entwickeln und so wollen wir auch in Zukunft vorgehen und handeln.

Wißt den Versuch, euch von diesem geraden Weg abzudrängen, entschieden zurück!

Leht eine Beschädigung dieser nach den Verbandstagsbeschlüssen und dem Statut unzulässigen „Metallarbeiter-Reichskonferenz“ strikte ab!

Halte dich die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften! Steht treu zu eurer Organisation!

Die unterzeichneten Mitglieder des Vorstandes

Brades, Alwin, Dismann, Rob. Funk, Emil, Holz-bauer, Aug. Hagger, Rich. Kura, Gg. Reichel, Gg. Schäfer, Ernst, Schließstädt, Heinz, Schwenzls, Joh. Steiner, Math. Tost, Otto, Wendler, Emil, Werner, Th.

Schwarze Listen!

Die Unternehmer führen wieder Oberwasser; offen arbeiten sie mit schwarzen Listen.

Der Verein deutscher Kupferschmiedereien in Hannover verfaßte am 28. Januar d. J. ein Zirkular, in dem er seinen Mitgliedern davon Kenntnis gibt, daß in Buchholz und Unnaberg i. S. bei drei Firmen die Kupferschmiede, Monteurs usw. wegen Nichtbewilligung der geforderten Lohnerhöhung in den Streit getreten sind. Unter namentlicher Benennung der an dem Streit beteiligten elf Arbeiter mit genauer Angabe des Geburtsortes und -tages werden die Mitglieder des Unternehmervereins aufgefordert, die Arbeiter solange von der Einstellung auszuschließen, bis der Vorstand die Liste widerrufen hat.

Erst verweigert man also den Arbeitern Löhne, die ihnen einigermassen die Existenz bieten, und wenn sie sich diese Ausbeutung nicht länger gefallen lassen, läßt man hinter den Ab-wandernden Steckbriefe los, damit sie durch die Hungerpeinliche von ihrem Verlangen, menschenwürdig existieren zu wollen, kurieren werden.

Nur durch festgeschlossene Organisationen ist der Machtwille der Unternehmer zu brechen.

Versicherungsangestellte.

Verbindlichkeitsklärung der beiden Teilschiedsprüche. Für die nochmalige Ausprache zwischen den Parteien, die der Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs voranzugehen hat, wurde vom Reichsarbeitsministerium Termin auf Freitag, den 11. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, anberaumt.

Neuer Reichstarif für die Angestellten der Verwaltungs- und Pensions-Generalagenturen.

Der Arbeitgeber-Reichsverband deutscher Versicherungs-vertreter hat sich zu sofortigem Verhandeln bereit erklärt, der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen dagegen die Bedingung gestellt, daß vorher der Reichstarif für die Direktionsangestellten zum Abschluß gebracht sein müsse. Der Verhandlungsbeginn muß dadurch eine kurze Verschiebung erfahren.

Zentralverband der Angestellten.

Zur Lohnbewegung im Transportgewerbe.

Der Schlichtungsausschuß Leipzig hat folgenden Schieds-spruch gefaßt:

1. Die tägliche reine Arbeitszeit beträgt für alle Arbeit-nnehmer 8 Stunden, ausschließlich der Zeit für Ein- und Aus-reisen usw.
2. Die bisher bestehenden Lohnklasseneinteilungen bleiben bestehen; es werden auf die bisherigen tariflichen Löhne Zuschläge gewährt für Ortsklasse A 25 M., für Orts-klassen B—D 20 M. Kraftwagenfahrer erhalten 15 M. mehr als Gehaltsführer. Arbeiter von 18 bis 20 Jahren erhalten 80 Prozent des angegebenen Wochenlohns, mit Ausnahme von Dresden und Leipzig. Sofern sie als Ge-schäftsführer beschäftigt werden, erhalten sie den vollen Lohn.
3. Der Absatz 4 in Nr. 8 des alten Tarifs wird übernommen. Den Parteien wird aufgegeben, über die weiteren Punkte des neuen Tarifvertrages unzugänglich in Unterhandlungen zu treten.

Der Zehnhunderttag bei Tittel u. Krüger.

Zu dem unter obiger Überschrift am 4. Februar d. J. im Roten Kurier erschienenen Artikel erwidern wir folgendes:

Es ist in einer Abteilung nicht der Zehnhunderttag ein-zuführen, wie es den Ansehern erwidern soll, sondern es handelt sich nur um täglich zwei zuschlagspflichtige Ueberstunden während der Zeit von zehn Tagen in einer Abteilung. Diese Abteilung stellt Exportaufträge her, deren Fertigstellung am einen be-stimmten Termin gebunden war. Bei Nichterhaltung des Liefer-terminals wären die Aufträge annulliert worden. Der Betriebsrat hat sich davon überzeugt und seine Einwilligung im Einverständnis mit der Organisation gegeben. Hätten wir die Ueberstunden verweigert, so wäre den Arbeiterinnen der betreffenden Abteilung vielleicht für längere Zeit die Arbeitsmöglichkeit genommen ge-wesen.

Bemerkte sei noch, daß die Waren nicht nach Spanien, sondern nach Südamerika gehen, wo man bekanntlich auch spanisch spricht. Interessant wäre, zu erfahren, wer dem Artikelschreiber mitgeteilt hat, daß die Waren nach Spanien gehen. Der Betriebsrat wäre gern bereit gewesen, ihm genaue Auskunft zu erteilen.

Vielleicht einschuldigte der Rote Kurier die Ueberstunden, wenn der Betriebsrat auf kommunistischer Seite stände.

Wird der Rote Kurier auch diese Entgegnung bringen?

Der Beiratsrat

der Sächs. Wollg.-Fabrik A.-G., vorm. Tittel u. Krüger, Karl Nagel.

Zur Lohnbewegung der Berliner Gemeindegewerkschaften.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt am 9. Februar in der Angelegenheit der Tarifstreikigkeiten mit dem Berliner Magistrat und den städtischen Arbeitnehmern einen Schieds-spruch, der vom 1. November 1920 ab einen Zuschlag von 15 Prozent auf den Grundlohn vorsieht.

Achtung, Betriebsräte, Arbeiter- und Angestellten-räte, Betriebsobmänner!

Für nachverzeichnete Industriegruppen finden Volk-versammlungen statt:

Gruppe X, Lederindustrie, Montag, 14. Februar, im Volkshaus, Café links. Referent: Genosse Böttcher.

Gruppe I, Handel, Bank, Versicherung, Dienst-tag, 15. Februar, im Volkshaus, Café links. Referent: Genosse Bronke.

Gruppe XIII, Verkehr, Mittwoch, 16. Februar, im Volkshaus, Gartenfaal. Referent: Genosse Ressel.

Gruppe VII, Holzindustrie, Donnerstag, 17. Februar, im Volkshaus, Gesellschaftsaal. Referent: Genosse Eibner.

Gruppe VI, Graphisches Gewerbe, Papier-industrie, Freitag, 18. Februar, im Volkshaus, Gesellschaftsaal. Referent: Genosse Müller.

Gruppe IX, Lebens- und Genussmittelindu-trie, Mittwoch, 23. Februar, im Volkshaus, Café links. Referent: Genosse Wolf.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Betriebs-ratsfähigkeit in der Praxis; 2. Ausprache.

Die Versammlungen beginnen pünktlich um 7 Uhr abends. Zutritt nur gegen roten Ausweis. Jeder Betrieb muß vertreten sein. Die Anwesenheit der Betriebe wird am Eingang des Saales festgestellt. Betriebe, die nicht vertreten sind, werden in der Versammlung bekanntgegeben.

Ausweiskarten, die noch nicht abgeholt sind, werden im Ge-werkschaftsamt, Abteilung Betriebsräte, Gerberstraße 1, aus-gegeben. Gewerkschaftsamt Leipzig.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Was die deutsche Justiz bestraft. Das Landgericht Traunstein hat am 11. Juni 1920 den Arbeitersekretär Karl Göpfert in Rosenheim wegen Annahme eines öffentlichen Amtes zu einer Geldstrafe von 200 M. verurteilt. Dem rabikalen Teile der Rosen-heimer Einwohnerschaft, so heißt es im Urteil, war in der ersten Revolutionszeit der damalige Bürgermeister Forst H. nicht ge-nehm und es wurde ungestüm dessen Rücktritt gefordert. Die Menge sandte eine Abordnung zum Bürgermeister und forder-te dessen sofortige Amtsenthebung. Der Angeklagte gehörte zu der Abordnung. Es war angeregt worden, Göpfert solle das Amt des Bürgermeisters-Stellvertreters übernehmen, aber er hatte selbst Be-denten, dies zu tun. Als dann am 22. Februar sich eine große Volks-menge zusammensand, ließ Göpfert diese über den Vorschlag ab-stimmen und erklärte sich schließlich zur Annahme des ihm über-tragenen Amtes bereit. Am Montag, dem 24. Februar, übernahm dann der Angeklagte das Amt des Bürgermeisters und führte alle einschlägigen Geschäfte aus, unterzeichnete die Rundgebungen und erteilte alle Bekanntmachungen, die er mit seinem Namen unter-zeichnete. Nach längerem Hin und Her beschloß endlich am 24. März das Gemeindevorstand, der Angeklagte sollte das Amt so lange weiterführen, bis die gesetzliche Neuwahl des Bürgermeisters erfolgt sei. Das Landgericht hatte festgestellt, daß der Angeklagte bis zum 23. März das Amt unbesetzt ausgeübt und sich ange-maßt habe. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision an-gelegt. Das Reichsgericht verwarf aber die Revision als un-begründet.

Wegen einiger Äpfel ein Menschenleben vernichtet. Vom Schwurgericht Hanau ist am 19. Juni 1920 der Kellermeister Plus Parr in Reußen, der der Körperverletzung mit Todesfolge angeklagt war, wegen fahrlässiger Tötung und verbotenen Waffen-besitzes zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am Abend des 19. August 1919 wurde ihm mitgeteilt, daß in dem Garten seines Schwiegervaters Äpfel gestohlen wurden und er wurde auf-gefordert, dagegen einzuschreiten. Sofort ergriff er eine geladene Pistole und eilte zu dem Garten seines Schwiegervaters. Er ent-deckte bald zwei junge Burschen, die auf dem Apfelbaum saßen und die Früchte abnahmen. Er gab in der Dunkelheit in der Richtung auf die Diele drei Schüsse ab und ging dann, nach-dem die Burschen verschwunden waren, befriedigt davon. Der eine der Burschen, Anton F., sagte auf der Flucht zu seinem Genossen: „Ich glaube, ich habe etwas wegkommen!“ Er war schwer ver-wundet und starb auf dem Wege nach dem Krankenhaus. Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt, die vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde.

Mordtat eines Ahtzehnjährigen. Vom Schwurgericht Halle ist am 1. Oktober d. J. der Dienstmagd Richard Köhler wegen Mordes zum Tode verurteilt worden, weil er am 12. Juli 1920 in Flur Größ eine Dienstmagd aus Wartenburg ermordet hat. Der Angeklagte, der gerade einige Tage vor der Tat sein 18. Lebens-jahr vollendet hatte, ist zwar nach Ansicht des Gerichts stark min-derwertig aber doch für seine Tat verantwortlich. Seine gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als un-begründet verworfen.

Briefkasten der Redaktion.

Mieter. Der Vermieter kann nichts dagegen machen, wenn das junge Paar bei den Eltern wohnt. Wenn Schwierigkeiten gemacht werden, ist das Mieteinigungsamt anzurufen.

Benna Nr. 1. Nein!

Böhmen. Es sind hier eine Reihe Normalitäten zu erfüllen, über die Sie genaue Auskunft auf dem Standesamt erhalten. 1.50 Mf. Parteikasse.

H. D. 100. Wir können Ihnen im Briefkasten keine Auskunft geben und heißen Ihnen anheim, diese persönlich im Redaktions- sekretariat, Tauschauer Str. 19/21, einzuholen. Sprechzeit bis 2 Uhr mittags.

Nur an Verbraucher!

Kakao

1 Pfund 16.- Wkt.
Gute Blodschokolade 100g. 4.20
"Der kleine Laden"
Bismarckstr. 82.

Schokolade

hat billig abzugeben
100-Gr.-Tafel 4.50 Markt
Minerva - Drogerie
Tauscher Straße 25
gegenüber Wattenberg.

la Schweinefett 13.25

la Margarine 13.50 u. 11.-
Selbstgeräuch. Speck 17.-
Selbstg. Schwarzfett 17.-
Pfefferkörner . . . 3.20
Pfeffer . . . 4.40
Vollmilch, neu. lose. Pfd. 9.50
Kernseife, Riegel 250 g 4.75
Odrich, Vo., Rabel 34.

la Fett Pfd. 13.00

Butter, Markt, Pfd. 12.80
la Vollreis 3.00, Pfd. 4.40
Frische Trinteier Stück 3.95
Eier, Blut u. Leberwurst 18.00
Feinm. Sanderhonia Pfd. 4.00
Feldingens Lebensmittelfabrik
Schönef., Stettiner Str. 51.

Achtung, Hausfrauen!

Bestenfalls ab Freitag einen
großen Vorrat prima feinst-
geschlachtete fettsammeln.
la Hammelfleisch Pfd. 10-11.-
la Ochsenfleisch Pfd. 13-14.-
G. Schollmeyer, Fleischer-
meister, Johannisplatz 15.

Täglicher Verkauf von prima

Rohfleisch

und ff. Wurstwaren

Seeburgr. 23, Ecke Nürnberg, Str.

Billiges Feuerholz

offen-
feuertun-
gute
Sandleiterweg, Sandarb.
sowie Ersatzräder auf
preiswert ab
Marlene, Stellmaderstr.

Wiederverkäufer

billigste Einkaufsquelle

Schürzen

eig. Fabrikation beste Stoffe
Fischer, Sophienplatz 6

Lausitzer Webwaren-Lager

Arno Nübel
L.-Urd., Arellenstr. 58 II, Tel. 4072.

Berl. ohne Zwischenhändler
u. Ladenlohn, größtenteils
weit unter Selbstkostenpreis

la Semdentische

Bettlüber, Bettwäsche
glatt, gestreift u. Damast,
Inlets, Barchente, Tisch-
wäsche, gute leinene
Hand- u. Wischtücher,
feste Schuervertücher,
la Wirtschaftsschürzen,
lein. Küchler-Gardinen
mit Hohlraum, sehr haltb.
Kreuzer Wkt. 185.-, solide
Anzug- und Kostümstoffe.

Billig

kaufen Sie

Röcke

Blusen

moderne Form., gute Stoffe

P. Schmitz Nachf.

Nikolaistrasse 5
36 Speck Hof-Passage, Laden 36

Den Arzneienoffiziner

und Arzneienoffiziner
u. G. B. D. empfehlen wir:

Die Rämpferin

Zeitschrift für Frauen und
Mädchen des werktätigen
Volkes. Erscheint aller 14
Tage mit einer 4 wöchent-
lichen Kinderbeilage. Sie
kostet die Einzelnummer
50 Pf. Durch die Organi-
sation bezogen ist der Be-
zugspreis billiger.

Der Landbote

Unabhängige sozialistisches
Organ für die gesamte
werktätige ländliche Be-
völkerung. Erscheint aller
14 Tage. Die Einzelnum-
mer kostet 25 Pf. Durch
die Organisation bezogen
ist der Bezugspreis billiger

Leipzig Buchhandlung

Tauscher Straße 19/21.



Läufer
reine Ware
aus Welle und Haargarn
ca. 90 cm 35.00
ca. 70 cm 25.00

KAUF  HAUS
BRÜHL

Teppiche
Plüsch 200 cm lang . . 375.00
Plüsch, Perser-
Muster, reine
Ware, 170/240 675.00
Plüsch, Perser-
Muster, reine
Ware, ca 200/300 975.00

Weißes Porzellan

mit kleinen Fehlern

- | | | |
|---------------------------------------|--|--|
| Speiseteller 24 cm, flach 3.10 | Kaffeekanne groß . . . 11.50 | Kompottschale 13 cm 95 |
| Speiseteller 24 cm, tief 3.25 | Kaffeekanne klein . . . 5.50 | Eierbecher 50 |
| Abendbrotteller 19cm 2.50 | Teekanne 8.50 6.75 | Buttersauciere . . . 1.50 |
| Abendbrotteller 17cm 1.90 | Tasse mit Untertasse . . . 1.90 | Salats 5.25 3.75 2.90 |

Glaswaren

- | | | |
|--|--|---------------------------------------|
| Kompotteller 14 cm . . 1.25 | Bowlenglas geschliffen . . 6.50 | Satz-Schüsseln 4teilig 15.90 |
| Weinglas Mathilde . . . 3.90 | Bierbecher mit Bordüre . 2.75 | Käseglocke mit Teller . . 6.75 |
| Weinglas geschliffen . . . 6.25 | Teebecher glatt 1.75 | Tafelaufsatz 3teilig . . 25.00 |
| Römer mit grünem Fuß . . . 6.50 | Wasserglas 75 | Honigdose farbig . . . 13.50 |

Rein Alu-minium

- | | |
|---|--|
| Satz Schmortöpfe
mit Deckel, 16-24 cm = 5 Stück 155.00 | Alu-Eßlöffel geschliffen,
poliert 1.25 |
| Satz Fleischtöpfe
mit Deckel, 16-26 cm = 6 Stück 195.00 | Alu-Kaffeelöffel
geschliffen, poliert 95 |
| Satz Maschinentöpfe
ohne Deckel, 10-20 cm = 6 Stück 95.00 | Kaffeelöffel verzinkt . . . 50 |
| Satz Kasserolle
mit Stiel, 16-20 cm = 3 Stück 60.00 | Besteck Solinger Fabrikat,
durchgehend Paar 9.75 |

- | | |
|--|--|
| Roßhaar-Stubenbesen 16.25 | Porzellan-Speiseteller mit Goldrand,
tief und flach 7.50 |
|--|--|

Seifen u. Bedarfsartikel

- | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---------|-----------|-------|-------|------|------|------|------|------|
| Fein-Seife . . 100 gr.-Stück 2.90 | Reisstärke Hoffmanns mit
Katze 1/4 Pfund 6.25 | Damen-Binden
gestrickt, waschbar 4.75 3.50 | | | | | | | | | |
| Kern-Seife reine 250gr.-D.-St. 4.75 | Neustärke Snehella . Paket 90 | Binden-Gürtel . . 6.75 5.95 | | | | | | | | | |
| Ia.Kern-Seife 250gr.-D.-St. 5.75 | Doppel-Chlor Bleichmittel 10 | Mullbinden
ca. 4 Meter <table border="1" data-bbox="1350 1631 1784 1693"> <tr> <td>10 cm</td> <td>8 cm</td> <td>6 cm</td> <td>4 cm</td> </tr> <tr> <td>lang</td> <td>2.45</td> <td>1.95</td> <td>1.45</td> <td>1.10</td> </tr> </table> | 10 cm | 8 cm | 6 cm | 4 cm | lang | 2.45 | 1.95 | 1.45 | 1.10 |
| 10 cm | 8 cm | 6 cm | 4 cm | | | | | | | | |
| lang | 2.45 | 1.95 | 1.45 | 1.10 | | | | | | | |
| Rasier-Seife Stück 1.75 | Zündhölzer Paket 2.40 | Verbandwatte in Paketen
300 gr 250 gr 100 gr 50 gr 25 gr 10 gr
21.00 10.50 4.25 2.25 1.25 65 | | | | | | | | | |
| Schmierseife gar.rein.Pfd. 7.00 | Messerputz-
Schmirgel Dose 2.75 2.25 | Irrigator kompl. m. Glasrohr 25.00 | | | | | | | | | |
| Seifenpulver
hochwertiges 1 Pfund 3.40 | Sidol flüssiges Metallputzmittel
Flasche 9.75 4.50 2.90 1.25 | Zellstoff-Binden
<table border="1" data-bbox="1481 1864 1784 1926"> <tr> <td>15 cm</td> <td>10 cm</td> <td>8 cm</td> <td>6 cm</td> </tr> <tr> <td></td> <td>30</td> <td>20</td> <td>15</td> <td>12</td> </tr> </table> | 15 cm | 10 cm | 8 cm | 6 cm | | 30 | 20 | 15 | 12 |
| 15 cm | 10 cm | 8 cm | 6 cm | | | | | | | | |
| | 30 | 20 | 15 | 12 | | | | | | | |
| Seifenpulver
Saim, Terpentin 1 Pfund 2.75 | Stahlpäne
für Parkettböden 1/4 Pfund 3.65 | | | | | | | | | | |
| Bleichsoda Rotstern Paket 1.35 | Parkett- u. Linol.-Wachs
Dose ca. <table border="1" data-bbox="897 1864 1260 1926"> <tr> <td>2 Pfund</td> <td>1 Pfund</td> <td>1/4 Pfund</td> </tr> <tr> <td>21.00</td> <td>10.50</td> <td>5.50</td> </tr> </table> | 2 Pfund | 1 Pfund | 1/4 Pfund | 21.00 | 10.50 | 5.50 | | | | |
| 2 Pfund | 1 Pfund | 1/4 Pfund | | | | | | | | | |
| 21.00 | 10.50 | 5.50 | | | | | | | | | |
| Scheuerpulver
Blitzblank Beutel 30 | | | | | | | | | | | |

In der
**Konfitüren-
Abteilung**
Erdgeschoß Lichthof

Kakao
garantiert rein . . . Pfund 18.00

Keksbruch
(Krietsch, Wurzeln) . . Pfund 10.00

Schwerter-Schokolade bitter, 50 Gramm-Tafel . . 3.50 3.20

Vanille-Block- od. Tafel-Schokolade 100 gr 4.90

Stollwerk-Frühstücks-Schokolade 100 Gr.-Tafel 6.00

Nuß-Schokolade mit ganzen Nüssen Tafel 6.00

Heilemanns Haar-Balsam
patentamt. geschützt
hat sich bei **Haarausfall**, spärlichem Haar-
wuchs (auch bei Kindern) und Schuppen beson-
dere Verdienste erworben und wird allgemein
als **unübertreffliches Haarkräftigungsmittel**
anerkannt. Prospekte gratis.
Preis pro Flasche Mk. 9.50.
Stadtverkauf: **Friseurgeschäft, Bayer-
scher Platz, Ecke Nürnberger Str.**

Schweineschmalz Pfund 13.50

Kokosfett, beides Backfett Pfund 13.50

Kindstalg, goldgelb Pfund 13.50

Tafelmargarine, lose Pfd. 10.50, Würfel 11.00

Holl. Schmalzspeiseöl Pfd. 12.00

Schinkenspeck, geräuchert Pfund 17.50

Schwarzfleisch Pfund 17.50

Speckfett Pfund 17.50

Erbson, weiß Pfd. 1.80 **Graupen** Pfd. 2.75

Nudeln, weiß Pfd. 6.80 **Vollkorn** Pfd. 3.50

Abendroths Fettzentrale, Vo., Rabel 52.
Schneider, Schönefeld, Stettiner Str. 36.

Nur noch 3 billige Schuhtage!
Selten günstige Gelegenheit zum Einkauf preiswerter Schuhwaren

Herrenstiefel zum Teil feinste Rahmenware 129.-
188 165 159 149

Damenstiefel zum Teil Boxcalf und Chevreau 95.-
auch Lackbesatz 195 165 152 145

Halbschuhe braun und schwarz, Lack, Boxcalf 76.-
Chevreau 129 118 98 85

Liebermann & Co.
Reichsstraße 4/6 Eisenbahnstraße 55

Freitag
Sonnabend
Montag

Abonnenten berücksichtigen bei Ihren Einkäufen die
Sinterenten der Leipziger Volkszeitung

Wirtschaftliche Wochenschau. Kapitalistische Eroberungen.

Der Kapitalbedarf der Industrie.

Die Not des Volkes wächst, drohend wächst das Gespenst der Arbeitslosigkeit und des Hungers. Aber auf dem Kapitalmarkt, auf dem die Kapitalisten mit dem dem Proletariat erprehten Mehrwert markten und schachern, war noch nie das Kapital so „flüssig“ (wie der Kapitalistenjargon das reichliche Angebot von Kapital auf dem Markt bezeichnet) wie in dieser Zeit der Not. Kein Wunder, denn das Kapital hat noch nie so reichlich verdient wie jetzt, noch nie sich so hoher offener und noch höherer im Vergleich mit blühender Gewinne erfreuen können. Und dieser Mehrwert stellt sich als neues Kapital dar, das nach Anlage drängt. Andererseits machen die durch die Wirtschaftskrise verursachten Produktionseinschränkungen Kapital frei, das bisher in der Produktion arbeitete und nun ebenfalls sich nach neuen Verwertungsmöglichkeiten sehnt.

So ist es zu erklären, daß trotz der wachsenden Bedrängnis, in welche die zwischen dem Großkapital und dem Proletariat schwebenden Schichten durch die wirtschaftliche Depression geraten, die Sparfahne einlagert, die hauptsächlich aus diesen Kreisen stammen, in den zwei letzten Monaten des vergangenen Jahres allein um eine halbe Milliarde gewachsen sind. Aber das freiwerdende Kapital findet ebenso schnell auch wieder Verwendung. Denn die durch die Geldentwertung und die Konzentrationsbestrebungen des Kapitals verursachten Kapitalserhöhungen und sonstigen Emissionen beanspruchen ganz ungeheure Kapitalmassen. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden von den Industrieunternehmungen, Banken und öffentlichen Körperschaften nicht weniger als 14 Milliarden Mark an neuem Kapital beansprucht. Davon erforderten die Kapitalserhöhungen allein mehr als die Hälfte, nämlich 7,5 Milliarden Mark nominal bzw. 8804 Millionen effektiv. Neu gegründet wurden 308 Bank-, Versicherungs- und Industrieunternehmen, wozu ein Kapital von 1170 Millionen Mark erforderlich war. Und schließlich wurden an Industrieobligationen 1472 Millionen, an Hypothekenobligationen 284 Millionen, und von Städten und Kreisen usw. 2339 Millionen Mark Obligationen herausgegeben, während das Reich im vergangenen Jahre nach den übsten Erfahrungen, bis es mit der Sparprämienanleihe gemacht hatte, darauf verzichtete, den Patriotismus der Kapitalisten auf eine neue Probe zu stellen. Bedenkt man, daß im Jahre 1913 das gesamte Aktienkapital sämtlicher Gesellschaften des Deutschen Reiches nur ungefähr 15,5 Milliarden Mark, allerdings Goldmark, betragen hatte, so gewinnt man ein Bild davon, wie „flüssig“ nun das Kapital geworden ist.

Diese Flüssigkeit hat aber im neuen Jahre noch eine Steigerung erfahren. Im Monat Januar wurden Kapitalserhöhungen um insgesamt nom. 1092 Millionen Mark vorgenommen, Neugründungen von 47 Gesellschaften mit einem Grundkapital von 144 Millionen Mark, Industrieanleihen im Betrage von 790 Millionen aufgenommen, in diesem einen Monat also ein Kapital von mehr als 2 Milliarden beansprucht, das natürlich von den im Gelde schwimmenden Kapitalisten freudig zur Verfügung gestellt werden wird.

Innere Eroberungen des Kapitals.

In innigem Zusammenhang mit dem Kapitalserhöhungs- und Gründungsstieber und in Wechselwirkung damit steht der Drang des Kapitals, sich zu konzentrieren, durch die Zusammenballung in wenigen Händen zu festigen und widerstandsfähiger zu werden. In der Wirtschaftlichen Wochenschau vom 20. Januar waren einige Konzentrationsvorgänge der letzten Zeit geschildert worden; seither aber ist der Prozeß nicht zur Ruhe gekommen, im Gegenteil in immer schnellerem Tempo geraten. Neben vielen kleineren Verschmelzungen — insbesondere wieder in der Brauindustrie — haben sich seither drei große Trusts neu gebildet: ein Zündholztrust, der durch die Ausdehnung der Zündholzgesellschaft Stahl u. Röhle in Kassel und durch den Kauf zahlreicher Zündholzfabriken entstand und nun die größten deutschen Unternehmungen dieser Industrie umfaßt, und zwei Trusts auf dem Gebiete der Sese- und Spiritusindustrie.

Bisher waren die Sesefabriken in einem Syndikat vereinigt, das am 31. März 1921 abläuft. Aber es bricht sich auch hier dieselbe Entwicklung Bahn, die für die neueste Entwicklungsstufe des Kapitalismus in Deutschland typisch ist: die im Grunde genommen doch ziemlich lockere und leicht löslche Vereinigung der Unternehmer in Kartellen und Syndikaten wird abgelöst von trustartigen Verbindungen durch Verschmelzungen und Interessengemeinschaften, die ein viel innigeres Band um die Unternehmungen knüpfen und ihre Stofkraft bedeutend erhöhen. So wird das Sese Syndikat nicht erneuert werden, sondern an seine Stelle tritt einerseits ein Sese Trust, der vom Rückfort-Konzern durch Zusammenfassung der Stettiner Sesefabriken gebildet wurde und fast ein Sechstel der Beteiligungen des Sese Syndikats umfaßt, und andererseits ein Spiritustrust, dessen „Seele“ die Breslauer Spiritfabrik ist, die, an sich schon ein großer Konzern, mit der C. A. F. Kahlebaum & Co. eine Interessengemeinschaft abgeschlossen hat. Es ist nebenbei nicht ganz uninteressant, die näheren Modalitäten dieses Interessengemeinschaftsvertrages zu erfahren. Ein solcher Vertrag wird nämlich gewöhnlich durch den Austausch von Vorzugsaktien besiegelt, wobei auch für die glücklichen Aktionäre einige Nebenprofite abfallen. In diesem Falle erhöhte die Breslauer Spiritfabrik ihr Kapital von 24 auf 50 Millionen Mark; die neuen Aktien, mit Ausnahme von 15 Millionen zum Austausch bestimmter Vorzugsaktien, wurden den Aktionären zum Ausgabekurs von 150 Prozent angeboten, während zur gleichen Zeit auf der Börse die Aktien mit 1120 Prozent gehandelt wurden. Den Aktionären der Kahlebaum-Gesellschaft,

die ihr Kapital von 10,5 auf 52 Millionen Mark erhöhte, wurden die Aktien zu 112,5 Prozent angeboten bei einem Tageskurs von 1795 Prozent. Man sieht, den Kapitalisten wird die Aufopferung ihrer Selbständigkeit nicht allzu schwer gemacht. Der neue Trust entwickelt übrigens bereits einen segneten Appell, er hat vor kurzem die Dresdner Preßhofen- und Kornspiritusfabrik Bramsch verschluckt.

Daneben finden die Verschmelzungen in der Schwerindustrie eine ununterbrochene Fortsetzung. Nachdem die gewaltigen Trustbildungen des letzten Jahres — die Bildung des Elektro-Montantrusts Stinnes-Siemens, des Rückfort, Haniel, Stumm-Konzerns — einen vorläufigen Abschluß gefunden haben, beizien sich die noch alleinstehenden großen Schwerindustriellen ebenfalls, „ihre Kohlenbasen zu erweitern“, das heißt Kohlenzechen zu erwerben, deren Besitz sie in der Kohlenversorgung unabhängig macht. So hat sich Krupp nach der Erwerbung der Kohlenzeche Konstantin der Große die Kohlenzechen Helsen- und Umalle durch Interessengemeinschaft angegliedert, die Rheinischen Stahlwerke die Kohlenzeche Arenberg, an der sie bisher schon maßgebend interessiert waren, gänzlich aufgekauft und dabei ihr Kapital von 55 auf 120 Millionen Mark erhöht.

In dem Maße, in dem das Industriekapital sich festigt und mit neuen Ansprüchen auftritt, ist auch das Bankkapital zu stärkerer Konzentrierung genötigt. Um nicht dem Übergewicht der norddeutschen Bankkreise zu erliegen, haben sich einige große bantische Banken miteinander verschmolzen, und zwar die Bayerische Vereinsbank, die ein Kapital von 72 Millionen Mark besitzt, die Bayerische Handelsbank mit 24,5 Millionen Mark Kapital und die Münchener Vereinsbank mit 21 Millionen Mark Kapital. Auch die beiden größten mecklenburgischen Depositenbanken, die Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank und die Mecklenburgische Sparbank, vereinigten sich zur Mecklenburgischen Depositen- und Wechselbank. In beiden Fällen blieben übrigens die Hypothekenabteilungen außer der Kombination.

Daneben gehen die Aufzählungen kleiner Bankhäuser, die den gestiegenen Ansprüchen der Zeit nicht mehr gewachsen sind, durch Großbanken weiter. So übernahm die Essener Kreditbank die Embener Gewerbebank, die Darmstädter Bank die Bremer Bankfirma Bernhard Loose u. Co., die Deutsche Vereinsbank das Bankhaus Herz in Gießen.

Neuere Eroberungen.

Aber der Ausdehnungsdrang unserer Industriellen geht bereits über die Grenzen ihres geliebten Vaterlandes hinaus. Besonders Hugo Stinnes findet für seinen unerfüllten Befähigungsdrang in Deutschland kein richtiges Feld mehr und es wolkten in der letzten Zeit die Gerichte nicht verstummen, die von Aspiranten Stinnes' auf die Beherrschung der österreichischen Schwerindustrie sprachen. Einerseits sind es die großen Erzschäke und Hochofenanlagen der Alpinen Montangesellschaft, auf die er sein Auge geworfen hat, andererseits die Staatlichen Industriewerke, die aus der Umwidmung der ehemaligen ärarischen Munitions- und ähnlichen Betriebe entstanden sind. Aber es scheinen doch beide Pläne ins Wasser gefallen zu sein, da die Alpinen Montangesellschaft in festen Händen der italienischen Gruppe ist, die sie trotz des schlechten Geschäftsganges nicht aus den Händen geben will, und die Arbeiter der Staatlichen Industriewerke es durchgesehen haben, daß diese weiter in gemeinwirtschaftlichem Betriebe verbleiben. Stinnes muß also andre Ausbeutungsmöglichkeiten suchen und scheint darin bereits Erfolg zu haben, wenn die Nachricht sich bekümmert, daß er sich an der Oeresundwerft in Landskrona (Schweden) maßgebend beteiligt hat. Eine solche Beteiligung würde ganz im Sinne der Bestrebungen der Schwerindustrie liegen, auf die Schiffsahtindustrie maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Stinnes hat es darin schon weit gebracht, denn er sitzt bereits im Aufsichtsrat der wichtigsten Schiffsahtlinien, wie der Hamburg-Amerikalinie, der Deutschen Ostafrikalinie usw. und hat erst kürzlich im Bunde mit den Schwerindustriellen unternehmungen Rhönitz und Hoersch die Seereederei Frigga gegründet.

Einem andern Eisenriesen, den Mannesmannröhrenwerken, gelang ein siegreicher Eroberungszug in der Tschechoslowakei, bei dem ihm die Preßbäcker Stahl- und Eisenwerke, die ein Kapital von 20 Millionen Kronen und große Werkstoffanlagen besitzen, zur Reute fielen.

Die Eroberung der Welt durch das westliche Kapital.

Die in- und ausländische Ausdehnung der deutschen Industrieunternehmungen ist jedoch nur eine Miniaturausgabe der Expansion des westlichen Kapitals. Bei allem Respekt vor den Gewinnen, die unsre Kapitalisten während des Krieges und nachher eingeholt haben, kann doch nicht geleugnet werden, daß sie vor den Profitten der Kapitalisten jener Länder, die ihre Produktion während des Krieges noch weiter ausdehnen konnten, verschwinden. Ungeheure Kapitalmassen drängen dort nach einer Verwertung, die ihnen angesichts der großen Steile in der Industrie, der Absatzstörungen und Betriebseinschränkungen infolge der Wirtschaftskrise verjagt bleibt. Darum drängen sie mit Ungestüm nach außen, neue Vorkämpferverhältnisse und neue Reime zu imperialistischen Konflikten zeugend.

Die glimpflichste Form der Kapitalexpansion sind die Anleihen an kapitalis- oder rohstoffbedürftige Staaten. Wie weit Amerika sich auf diesem Gebiete betätigt hat, ist bekannt. Über die 10 Milliarden Dollar, die es bereits als Anleihen an seine

Verbündeten in das Kriegsunternehmen hineingesteckt hat, nötigen es nun, den ehemaligen Verbündeten weiter auszuheissen, um sie über Wasser zu halten. Freilich verrichten sie diese Liebedienste nicht um Gottes Lohn, sondern lassen sich dafür Zinsen von 8 bis 10 Prozent zahlen. Außer an seine Verbündeten ist Amerika auch gern bereit, an andre valutarückständige Schuldner Darlehen zu gewähren, während es noch immer jügerl, durch Rohstoffkredite an die valutarückenden Staaten Mitteleuropas seiner eigenen Industrie auf die Beine zu helfen. Augenblicklich verhandeln amerikanische Finanzleute mit Norwegen über die Gewährung eines Kredits von 50 Millionen Kronen, mit dem brasilianischen Staat Sao Paulo über eine Anleihe von 30 Millionen Dollar, mit Chile und Kanada über je 25 Millionen Dollar. Einige dänische Städte erleiden von einer großen amerikanischen Bank eine Kollektivanleihe von 15 Millionen Dollar. Auch des von einer Hungersnot schwer betroffenen China erbarmten sich vier amerikanische Banken und sprangen ihm mit 4 Millionen Dollar bei, wofür sie sich allerdings als Sicherheit 10 Prozent einer Anzahl neuer Steuern zur Verfügung stellen lassen.

Ähnliche koloniale Anleihegeschäfte macht England mit seiner alten Kolonie Australien, Italien mit seiner zukünftigen Kolonie Albanien und Frankreich mit der verbündeten Tschechoslowakei, der es einen Rohstoffkredit von 50 Millionen Frank zur Verfügung stellen will.

Durch ausländische Anleihen wird die formelle Selbständigkeit eines Landes oder seiner Industrieunternehmungen nicht angetastet. Eine viel innigere Abhängigkeit aber wird durch die direkte Anlage ausländischen Kapitals in Industrieunternehmungen hergestellt. Auch hier markiert Amerika an der Spitze. Amerikanisches Kapital wandert heute fast in alle Länder der Welt, es spielt die erste Geige in Mittel- und Südamerika, es arbeitet mit gleicher Energie im Feindesland wie im Freundesland, in Frankreich wie in Deutschland und Oesterreich, es macht sich daran, eine Erdölleitung von Le Havre nach Paris zu legen, wie auf den äußersten Osten Sibiriens seine Hand zu legen. China macht es sich nicht nur durch Kredite untertan, sondern es legt auch neue Banken dort an — vor kurzem wurde mit amerikanischem Kapital in Schanghai eine große Bank gegründet —, die das amerikanische Kapital mit Hilfe der Kuliarbeit verwerten sollen.

An der internationalen Kolonie China nimmt seit neuestem auch die Belgische Industrie Interesse, es wurde eine Gesellschaft gegründet, die die Erzeugung von Fensterglas in China betreiben will. Belgisches Kapital ist auch in seinem afrikanischen Kolonialland eifrig tätig: erst kürzlich wurde von der Tanganyika-Gesellschaft ein großes Unternehmen zur Ausnutzung der Bodenschätze und zur sonstigen „Erschließung“ des Nil-Kongo-Grenzbereichs gegründet.

Neben diesen alten Ausbeutungsgebieten sind dem westlichen Kapital durch den Kriegsausgang und seine Folgen neue erstanden, in denen es zwar nicht mehr in gleichem Maße notwendig ist, kapitalistische Kultur zu verbreiten, wo aber die bereits bestehende aus valutarischen Gründen einer kapitalistischen Stütze bedarf. Am Zentrum Europas ist ein neues und neuartiges Kolonialsystem geschaffen worden, das sich bisher am deutlichsten, sozusagen in Reinkultur, im veredeltesten Lande, Oesterreich, entwickelt hat. Wogegen sich das deutsche Kapital bisher im großen und ganzen mit Erfolg gewehrt hat, das wurde vom österreichischen Kapital bewußt und planmäßig herbeigeführt: die sogenannte Ueberfremdung, der Uebergang der Kontrolle über die Banken und Industrieunternehmen in ausländische Hände. Oesterreich ist heute als Ganzes überfremdet. Die wichtigsten Industrieunternehmungen dieses industriearmen Landes werden von ausländischem Kapital beherrscht. Wir führten oben das Beispiel der Alpinen Montangesellschaft an; dasselbe gilt vom zweitwichtigsten österreichischen Industriezweig, der Automobilindustrie, die sich soeben unter italienischer Führung zu einem Trust zusammengeschlossen hat.

Auch die Schiffsahrt steht unter fremdem Einfluß. Die Donau ist heute ein Entente-gewässer geworden. Englisches Kapital beherrscht die österreichischen Dampfschiffahrtsgesellschaften, es dringt in die ungarischen Schiffsahrtsgesellschaften ein, es bemüht sich um den Erwerb des Schiffparcs des jugoslawischen Schiffsahrtssyndikats es baut, bei Semlin eine Donaubrücke, während Frankreich sich an den serbischen Häfen der Donau und der Save breit macht.

In der österreichischen Industrie haben immer die Großbanken die entscheidende Rolle gespielt — auch sie sind heute vollständig überfremdet. Die Folgen Beherrschung der österreichischen Kapitalwelt sind entweder ganz in ausländischen Besitz übergegangen, so die Länderbank in französischen, die Anglobank in englischen, die andern müssen es sich gefallen lassen, daß fremdes Kapital sich für sie eingehend interessiert. So amerikanisches an der Kreditanstalt, belgisches am Wiener Bankverein, italienisches an der Depositenbank usw. usw.

Es wurden hier die österreichischen Verhältnisse ausführlicher besprochen, weil sie besonders charakteristisch für den neuen Kolonialismus sind, der durch die Verelendung kapitalistisch hochentwickelter Staaten ins Leben gerufen wurde. In etwas abgeschwächterem Maße herrschen aber dieselben Verhältnisse auch in der Tschechoslowakei, die die Ausbeutungsbomäne französischen Kapitals geworden ist, in Ungarn wie in Jugoslawien, in Polen wie in Rumänien. Denn das Kapital fragt nicht, ob Feind oder Freund, ob Christ oder Heide, ob organisierter Arbeiter oder Kuli, wenn es sich nur genügend hoch verzinsen kann, ist ihm jedes Ausbeutungsobjekt willkommen.



Wir bringen, solange der Vorrat reicht, eine Anzahl Gelegenheitskäufe zum Einheitspreise von

Mk. 12.50



zum Verkauf. Nachstehend einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

3 Extra-Posten!
Volle
 weiss und rosa 12.50
 Meter
Sport-Flanell
 gestreift 12.50
 Meter
Cheviot
 schwarz u. marine 12.50
 Meter

1 Molton-Einschlachtuch 12.50
 4 Molton-Unterlagen 12.50
 2 Erstlings-Jüppchen } zus. 12.50
 1 Lätzchen }
 1 Knaben-Sweater 12.50
 Blusenstoff blau, frottéartig 12.50
 Meter
 Wäschestickerei Coup. 1/4 Meter 12.50
 3 bunte Herren-Serviteurs 12.50
 Seidenreste 12.50
 Stück
 3 Herren-Taschentücher 12.50

Hemdentuch starkfädig ... Meter 12.50
 Robnessel gute Qualität ... Meter 12.50
 Velourbarchent in grosser Auswahl 12.50
 Meter
 Körperbarchent ... Meter 12.50
 2 Wischtücher gute Qualität ... 12.50
 2 Scheibengardinen ... 12.50
 1 Küchendecke aus Tischlinoleum 12.50
 imitiert
 1a Gummihosenträger ... 12.50

Emaill-Schmortopf 24 cm ... 12.50
 Emaill-Schaffnerkrug 2 Ltr. ... 12.50
 Emaill-Nachtgeschirr weiss ... 12.50
 Giesskanne 3 Ltr. Inhalt ... 12.50
 Basttasche extra gross ... 12.50
 Markttasche mit Ledergriff und 12.50
 Lederecken
 8 Stück weisse Kerzen } zus. 12.50
 1 Stück Kernseife }
 1 Pfd. Bonbons sauer-süss, mit 12.50
 Fruchtgeschmack

3 Extra-Poster!
Knabenschürzen
 gute Qualität 12.50
 Stück
Damenstrümpfe
 in schwarz 12.50
 2 Paar
Untertailen
 mit Languetto 12.50

Strickgarn Marke Eisenrost 10 Gebind 12.50

10 m Languetto 12.50
 10 m Wäschebürtchen } zus.

1 Posten Konfirmandenhüte 12.50
 stoffe Grösse 51-53

Beachten Sie unsere Schaufenster und Schaukästen!

M. Joske & Co., Plagwitz
 und Filiale Markranstädt.

Nordsee
 Rotischstrasse 26.
 Für Freitag u. Sonnabend noch 1 Waggon
 wird für **lebendfr. grüne Heringe**
 von gleicher Qualität, wie gehabt.
Frische Seefische.
Vorzügl. Fett-Bücklinge.

Hemden für Herren
 Hemdentuch 18.-, Körperbarchent, weiß u. bunt, 17.50, Handtücher, Bettwäsche, weiß u. bunt, Konfirmandenteile, Besätze, Schürzen, Unterzüge und dergleichen mehr billig zu verkaufen.
 Joh. Str. 28, p. 1., t. Laden.
KARNEVAL
 SCHERZ u. LACH u. ARTIKEL MÜTZEN MASCHEN MOSTUME
 Katalog verlangen
Rich. Lipinski LEIPZIG
 Königstr. 12.

1a Vollreis Pfund 2.75
1a Bruchreis (grobkörnig) Pfd. 2.40
Haferlocken Pfd. 3.20
ff. Margarine ... 1 Pfd. 11.-
Schweineschmalz Pfd. 12.75
 garantiert rein
Deutsche Kernseife Regel 250 gr 4.75
Naumann
 Pfaffendorfer Str. 38, Ecke Yorkstr.
 — Telefon 16 585. —

Occo Reiner Rauchtabak 100 Gramm 4.00 Mk. **Occo**
 Rippentabak ... 100 Gramm 3.- Mk.
 Schwarzer Krauser ... 50 Gramm 3.- Mk.
 Zigarren ... von 50 Pfg. an *
Richard Meyer, Lindenau Kaiserstr. 14
 Ecke Gutsmuthsstr.
Geyers billige Lebensmittel
 1a Schmalz 13.30
 Schmalzspeisefett 12.50
 Margarine, Würfel 11.00
 Speck, geräuchert 17.50
 Bohnen 1.85 Reis 2.40
 Linsen 4.40 Hirse 3.75
 Vollmilch, gesüß., Dose 10.00, ungeg. 8.00
 Schönefeld, Paul-Heyse-Strasse 30
 Sellenhausen, Bülowstrasse 41.
 Reudnitz, Kapellenstrasse 10.
 Kleinzschocher, Wiegandstrasse 46

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
 Für provisor. Massenartikel (Raucherbranche) D. R. G. M. wird für **tücht. Generalvertreter gesucht.**
 Enorme Verdienstmöglichkeit. Erford. Kapital 10-15.000.
Hotel Bayerischer Hof, Zimmer 14, von 3-5 Uhr.

Klempner- und Metallendreher-Lehrling
 per sofort od. Ostern gesucht.
 Weisses Blech u. Metallwarenfabr. Z. Westermann
 Lind. Merseburger Str. 122.

Tüchtig. Mädchen
 für den Haushalt gesucht
Kochstr. 49, Erbg. rechts.

Mädchen
 für häusliche Arbeiten gesucht.
 Zischocherische Strasse 53, l. Et.

Verkäufe
Kleine Holzhandlung
 Gds. Ringbindelfabrikation m. arzh. feil. Com.-Stundnachh. umständehalber für 1500.- zu verk., näheres v. Schröder, Holtm., Zollhoferstr. 10, II. r.

Zigaretten-Zubeh.
 50-gr. Karton nur 7.50
 Gerberstr. 40 u. Cellerstr. 3. l.
 Wäsche, Handtücher, Bettwäsche, alles nur am billigsten, bei mir. Desal. beste i. großen. Vollen Hum.-Gülden, Gabeln, Kaffeebohnen, Salat, u. Gemüser, in norm. bill. an. Gebe das Beste in Quantität ab. **Wiederverkauf, erhalt. Kabott, Veuilich, Franz-Hemmig-Str. 27, I. l.**
 1000er in Schmelz, pass. für Händler, hat abzugeben. Schönef., Dimpelstr. 25, III. r.

! Bon Herrschaften!
 menta getr. Herren u. Damen-Garderobe, Kostüme, Kleider, Mantel, Röcke, Blü., Schuhe, Pelzboas u. Federbetten, a. bill. Preis, Kanf. Stejnweg 26, I. l.

Berghauslehaber
 Kompt. Schiffsimm. u. Rüche bill. verkf. Albertstr. 30, p. 1. Händler streng verboten. l.
 Schlaf- u. Kücheneinr., sol. mod. a. eleg. Möb. bill. Tel. 12.12. getakt. Vi. Calovstr. 22. Vb.
 Kleiderfrant, eich. Diplom. Schreibst. Bettst. m. Matr. a. verkf. Burgener Strasse 68. 5.
 Kleiderfrant, 2. St. f. neu a. p. Plagw., Kolbestraße 2, I. Vb.

Küchen
 1a Sch.-L., kpl. 745.-
 1a Sch.-L., kpl. 2500.-
 1a Eiche gom. kompl. 2900.-
Härtelstr. 21

Chaillelongue 175 Mark
 Tisch 75, Waschtisch 60, A. Rollstuhl 58, part. links.
 Schreibst. Tisch, Waschkom. u. runder Tisch zu verkaufen. Stött., Dolabauer Strasse 75

Reformbetten, schön, bill. a. p. v. Saleub., Seumeistr. 53, I. l.
 Bettst. m. M., Kleiderfrant, Tisch, Waschkücheneinr. m. Ständ., Dam.-Mantel, Arb.-Jack, bill. Kleid., Antonienstr. 46, I. Vb.
 4 Bettst. m. gut. Dreimatr. a. 200-250.-, 1 Aufschbett 270.-, Sofa 300., Bräuerstr. 10, I. l.
 Feldbett, beste i. Matratze v. Wilmannstraße 7, III. rechts.
 Ab. Bettst. m. Matr. u. Kiff., laub. 80.-, gr. D. Tisch 80.-, Stube 25.-, Kaufmannstr. 80.-, Plagw., Merseburger Str. 2, II. r.

Staubsauger, reiz., 1/4, 60.-, Kanfm. St. 100, B. l. Kanar. Deeb. 100, Merseburger Str. 2, II. r.

Kaufgesuche
Kaufe Herren-Garderobe, Bett- u. Pelzboas, Leihhaus, Kleid., Mantel, Schuhe, Stiefel, Strassenbahn v. Wittenberg

Fr. Glaser
 Kleider- u. D.-Garderobe
 Wäsche, Bett-, Tepp., Gardin., Leihhaus, Gold- u. Silber-, Waren, usw. ganze Kasse
 Achtung!
 Alte u. neue Herr- u. Damen-sachen, Wäsche, Möbel, Schuhe, Betten, Gold- u. Silberwaren, Leiwische, Gardinen, Pelze, Zahnrad-, sowie a. Uhrsch., kauft leberzeit
Frau Witteles Langstr. 12, p. 1.
 Tel. 13 150

Bettwäsche Betten, Herr-, u. Damend., Leihhaus, Möbel, Rinderwagen, einzelne Möbel, Uhren, Kaffee, Stenwartentisch, 30 Vb.
 Bettwäsche, weiß und bunt, n. u. geb. Leihwäsche, Inlett, Dam- u. Wäsche, St. reell, Grotz, Brühl 11, III. Vb.

Grammophonplatten, zerbr. u. abgepielte, kauft u. tauscht 4 alte gegen 1 neue n. Wahl **Mundt & Co.** Gerberstr. 10.
 Nähmaschine kauft **Kappo**, Wittenberger Str. 11.
 Nähmaschine, geb. a. H. gef. Off. u. C 65 a. d. Exp. d. Vb.
 Klappwag., bill. a. u. b. Verk. gef. Merseburger Str. 10, IV. Vb.
 Klappwagen, eil. Rinderbett f. Müller, Frommannstr. 6, p. 1.

Zaunlatten
Riegeln, Säul., Holz, lief. **G. Georg Poppe**, Leipzig-Söllerrhausen, Wuranderstr. 136, Tel. 81755.
 Stuhlbind., reiz., 1/4, 60.-, Kanfm. St. 100, B. l. Kanar. Deeb. 100, Merseburger Str. 2, II. r.

Kupfer, Blei, Messing, Zink
 ab Lager gern an **Kohlenhandlung Herm. Schilling**, L.-Stött., Ecke Güntz- u. Schönbachstr. Tel. 10 653

Schrodansäge
 und sämtl. Herren-Garderobe kauft Dahn, Lange Str. 10, l. u. Demmeringstr. 72, II. l. l.

Reformbetten, schön, bill. a. p. v. Saleub., Seumeistr. 53, I. l.

Reformbetten, schön, bill. a. p. v. Saleub., Seumeistr. 53, I. l.

Reformbetten, schön, bill. a. p. v. Saleub., Seumeistr. 53, I. l.

Reformbetten, schön, bill. a. p. v. Saleub., Seumeistr. 53, I. l.

Stauje
 Bruch-Gold u. Silber
 Platin = Uhren
 Silbergeräte
 Leihhaus, Möbel, Mag. Israel, Uhrmacherladen, Promadenstraße 5.

Sämtliche rohe Felle
 von Händlern und Privat kauft **Jamschon**, Sternwartentstr. 37, Laden, Telefon 11 018.

Bermittelte Anzeigen
 Am Dienstag, 8. 2. 21, nachts 12 Uhr schwarze Fuchshaut von der Haltestelle Grenzstrasse nach Grenzstrasse 2a verloren. Gegen 100 Mt. Belohnung abzug. Dr. Hofrichter, Leukisch

Wer weiß, wer n. Dr. Mantel gef. hat? Nähe Kirche v. Wagn. gef. Belohn. Lehrer Widhalm v. Leukisch, Wundorfer Str. 55.

Stafspieler sind gesucht
 Schönes Gesellschaftszimmer einige Tage frei, ff. Speisen u. Getränke, ff. Bewirtsch. ff. Connemity am Bahnhof Bornalische Str. 95, G. Wulch.

Skat- und Strohmanspieler
 And. imm. V. l. d. Wilmannstr. 22, Nonnenstr. 1.

Uhrmacher Urban
 Spezialist für Reparaturen **Wächterstraße 26.**
 Kleider und Hüfen fertigt **H. Böttner**, Elisabethallee 12

Ein guttisches Karsett
 u. auch Konfirmandenleibsch. fertigen wir aus jed. Stoff, den Sie uns bringen. Korsett Ideal, Eilenbahnstraße 70.

Möbeltransporte
Hans Eitner
 Gear. 1880.
 Boissin, Holzstr. 11/13.
Stadt- und Fern-Transporte.
 Nur gute Ausführung. **Unbewahrung.**
 Fernruf 13500 u. 20310.

Wohnungen
Anger-Crottendorj
 leeres Zimmer, zu mieten gesucht. Off. D 58 Exp. d. Bl. Sol. Mann mittl. 3. I. gemittl. Zimmer, Stadteil gleich. Off. E. P. Hil. Weihenfelder Str. 30
 Mann (4ter) l. leere Stube Zentrum oder innere Stadt Off. V. 32 Hil. Seifer Str. 32.
 Wer tauscht Wohnung in Stötteritz, 2 St., Ra. u. Küche a. 2 Stub., 2 Kamm. u. Küche Off. u. T 17 Hil. Stötteritz.
 Wohnungstausch, Stu., 2 Ka. R., Gas, 300 Mt. geg. ähnl. od. arzh. Lage gleich. Näh. Co., Stödtstr. 3, S. II. l.

STÖTTERITZ!
 Neue Kohlenkarren nimmt zur prompten Lieferung frei Haus und **Kohlenhandlung Herm. Schilling** ab Lager gern an L.-Stött., Ecke Güntz- u. Schönbachstr. Tel. 10 653

Ausserst preiswert!
Vierfrucht - Marmelade

Pfd. 3.80 Mk., bei 5 Pfd. 3.50 Mk.
Johannisbeere, Apfel à Pfund 4.50 Mk.
Desgleichen empfehle meine reinen
Marmeladen in bester Qualität und
billigsten Preisen.

ff. Schnittbohnen 5.30
solange Vorrat . . . 2 Pfd.-Dose

Konserven - Fabrik Friedrich Hörig

Leipzig-Lindenau, Leutscher Strasse 14.
Detail-Verkäufe: L.-Lindenau, Leutscher Strasse 14. und Leipzig,
Petersteinweg 15 (Laden), Eingang Hirtelstrasse.

Jetzt ist es Zeit!

**Sommerhüte
für Damen**

werden in meiner Hutfabrik nach
neuesten Modellen schnell und
preiswert **umgepresst**

Elisabeth Schulze

Ruthenstrasse 13 und Königsplatz 7, Ecke Markthallenstrasse.

An die Mieter Leipzigs!

Die Belastung des Hausbesitzes hat im vergangenen Jahre aus
unvergleichlicher Form angenommen und geht über die Verhältnisse
des Jahres 1919, das unter anderem Verdoppelung der städtischen
und die Erhöhung der Staatsgrundsteuer auf das Zweifelhafte
brachten, noch weit hinaus.

So sind lediglich im vergangenen Jahre die folgenden außerordent-
lich umfangreichen Erhöhungen eingetreten und zwar:

- Die **Düngeexportgebühren** erhöht sich von 7.00-12.20 Mk.
pro cbm Ende 1919, auf 30-48 Mark;
- die **Grundbesitzsteuern** erhöht ihre Steuerungs-
zuschläge von 100 auf 200 Prozent;
- der **Wasserpreis** stieg von 26 Pfg. pro cbm auf 58 Pfg.
(zeitweise 62 Pfg.);
- der **Strompreis** stieg von 85 Pfg. pro Kwh auf 1.05 Mark;
- der **Gaspreis** stieg von 63 Pfg. pro cbm auf 1.08 Mark;
- die **Stromerzeugung** wurde statt in dreifacher
in vierfacher Höhe des ursprünglichen Betrages erhoben;
- die **Brandversicherungsbeiträge** verdoppelten sich, bei Nachschät-
zungen erhöht sich die Beiträge auf das sechs- bis achtfache
und noch mehr;
- auch die **Glasversicherung** wurde bedeutend teurer, gegen-
wärtig wird bei Vollversicherung das 30- bis 34fache der
Friedensprämie erhoben.

Dazu fordern **Wohnsteuer, Dienstleistungen, Hausunter-
haltungskosten** usw. ständig höhere Beträge.

In Aussicht steht eine für das ganze Jahr 1920 rückwirkende Verdoppelung
der Staatsgrundsteuer und weitere Erhöhung der Grundsteuern überhaupt,
weitere Erhöhung der Brandversicherungsbeiträge, Erhöhung des Gas- und
Strompreises, der Schornsteinfegergebühren und anderes mehr.

Bei diesen außerordentlichen Belastungen kann sich wohl niemand der
Einkicht verschließen, daß infolgedessen die **Mieten sich erhöhen müssen**.
Es fragt sich nur, ob dies so weiter gehen kann, und ob nicht endlich
die Zeit gekommen ist, daß Stadtverordnete und Volksovertretung darauf
hinwirken, daß nicht noch weitere Belastungen auf die Wohnungsmieten
gelegt werden. Wir Hausbesitzer legen auch im Interesse der Mieterkchaft
hiergegen ganz entschiedene **Verwahrung ein**.

Verband der Hausbesitzer-Vereine Leipzigs

Selbstpächter sowie Mitglieder des Schrebervereins Westend-
gärten, Phönix, Fortschritt u. Naturheilverein S. III

Freitag, den 11. Februar 1921, abends 7 Uhr,
im Golden Adler, L.-Lindenau, Angerstr. 49;

Bildervortrag über Anwendung künstl. Düngemittel

ferner **Vortrag über Obstbaumschädlinge**
Eintritt frei! Zahlreiche Beteiligung ist wünschenswert.
Auswahl für Beacht- und Beobachtungsarbeiten.

**Kohlen-Niederlage
Leipzig-Ost**

Leipzig-Volkmarisdorf, Mariannenstraße 81
Gleisanschluß

Nach bedeutender Erweiterung von jetzt an täg-
lich von 7 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags
ununterbrochen geöffnet.

Prompte Belieferung :: Billigste Preise :: Reelles Gewicht.

Neuanmeldungen werden jederzeit gern
entgegengenommen!

Выше и продается во всех книжных мага-
зинях и книжках № 1 период. издания:

„СОЦИАЛИСТИЧЕСКИЙ ВЕСТНИК“

Орган Заграничной Делегации Р.С.-Д.Р.П.
Выходит 2 раза в месяц под ред. Р. АВРАМОВИЧА и Л. МАРТОВА

Цена отделевого № в Берлине — 1.50 м.; заграничной надбавка 100%

У заказами обращаться: „Freiheit“-Buchverlag
G.m.b.H., Abt. Buchhandlung, Berlin G2, Breitestr. 8-9 или
„F. Ladyschnikow“ Verlag G.m.b.H., Berlin W50, Rankestr. 33

Редакция: Breitestr. 8-9, I. Stock „Sozialistischer Bot“



**Lebens-
mittel**

- Rindertalg 10.00
- Amerik. Schweineschmalz 13.50
- Margarine 10.50

Kakao, garantiert rein, dunkle Ware
Pfund **17.50** Mk.

- Grüne Erbsen 1.60
- Viktoria-Erbsen 2.25 1.75
- Weißer Bohnen hiesige 1.95
- Vollreis 2.40
- Haferflocken 3.40
- Linsenmehl 1.25
- Erbsmehl grün 2.25
- Maisgrieß gelb 2.50
- Maisgrieß weiß 3.00
- Maispuder 2.85

- Walnüsse 5.80
- Haselnüsse 6.50
- Erdnüsse geröstet 7.20
- Feigen 4.50

Althoff

- Pa. Schmalz, das beste, was es gibt Pfund 13.00
- Pa. Rindertalg, hochfein Pfund 12.00
- Allerfeinste Tafelmargarine Pfund 11.50
- Beste kleine Margarine Pfund 10.50
- Margarine 1-Pfund-Würfel 9.60
- la Voll-Weiß, gut kochend Pfund 3.30
- la Linsen, gut kochend Pfund 4.20
- la gelbe Erbsen, gut kochend Pfund 2.50
- la Bohnen, gut kochend Pfund 1.75
- Pa. Backobst Pfund 2.20
- Pa. Pflaumenmus, zuckerlos Pfund 5.20
- Pa. Marmelade Pfund 4.00
- Pa. Zuckerhonig 1-Pfund-Würfel 4.50
- Pa. Kernseife Doppelstück 4.80
- Pa. Kernseife, bei 5 Riegel Doppelstück 4.70

Dyck, Stötteritzstr. 8b
Telephon 4904

- See-Fische billiger!**
- Rabeljan, blutfrisch heute Pfund 3.00
 - Schellfisch, heute Pfund 3.50
 - Fisch-Müller, Seefischgroßhandlung, Leipzig
Brüderstraße 2b, gegenüber Markthalle, Tel. 1898.

Kohlenkarten
jeder Art zur Belieferung mit
allen Brennstoffen übernehmen
Tel. 61 151 **LORENZ & SCHMIDT** Tel. 61 151
Rößlerstr. 52 Rößlerstr. 74
Reichenhainer Str. 68 Friedr.-Wilhelm-Str. 10

Achtung!

- Pa. Schweinefleisch Pfund 16.-
- Frisches Ochsenfleisch .. 12.-
- Geräucherter Speck .. 13.-
- Wurst billigst.
- Chr. Müller (O. Täschners Nachf.)**
L.-Volkmarisdorf, Kirchstrasse 48.